

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Die Corona-Pandemie eine Zwischenbilanz

Seit mehr als einem Jahr wird das Leben durch die Sars-CoV-2 Pandemie beeinträchtigt. Ein Ende dieses Zustandes ist noch nicht wirklich abzusehen. Deshalb soll hier versucht werden, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Ziel dieses Artikels ist es nicht, alle Maßnahmen, die bisher zur Eindämmung der Pandemie verfügt wurden, im einzelnen zu diskutieren und nach Sinn oder Unsinn zu hinterfragen. Genauso wenig ist es die Absicht, das Agieren einzelner Politiker darzustellen und zu kritisieren. Vielmehr geht es darum, aus linker Sicht, beispielhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit, einige wichtige Aspekte der Pandemie und ihrer Bekämpfung zu thematisieren.

Die epidemiologische Ausgangslage

Die Basis für die pandemische Ausbreitung von Sars-CoV-2 ist die leichte Übertragung von Mensch zu Mensch. Die Infektion erfolgt vor allem durch Tröpfchen und Aerosole. Das Risiko einer schweren oder gar tödlichen Erkrankung steigt mit dem Lebensalter erheblich, außerdem steigt das Risiko, wenn zusätzlich

Vorerkrankungen vorhanden sind. Nach dem Abklingen der akuten Erkrankung können einzelne Symptome noch lange andauern und für die Betroffenen eine große Belastung darstellen (Long Covid). Auch wenn nicht exakt angegeben werden kann, wie groß die Letalität in den verschiedenen Patientengruppen ist, muss bei den Risikogruppen von einer mit dem Alter ansteigenden Sterberate zwischen 5% und 20% ausgegangen werden. Wenn man dann bedenkt, dass der Anteil der über 65-Jährigen in Deutschland etwa 22% der Bevöl-

kerung ausmacht (mehr als 18 Millionen Personen, über 80-Jährige mehr als 5 Millionen) wird offensichtlich, wie groß die Risikogruppen sind und welche Verheerungen eine ungebremste Ausbreitung der Epidemie mit sich bringen würde.

Da es sich bei Sars-CoV-2 um einen neuen Krankheitserreger handelt, war bei Beginn der Pandemie in der Bevölkerung keinerlei Immunschutz vorhanden, der die Ausbreitung der Infektion und die Anfälligkeit für

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Die Corona-Pandemie – eine Zwischenbilanz	1
Die LINKE: mit weiblicher Doppelspitze zu neuen Ufern?	9
Die christliche Rechte im Aufwind	14
Kein großer Wurf – Betriebsrätestärkungsgesetz	18
Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 5	20
Der 9. November – ein nationaler Gedenktag	26
Labour ist wieder in gemäßigten Händen	27
Rezensionen:	
Revolte in Chile	29
Deutsche Krieger	32

In eigener Sache

Nach Bidens Erfolg und dem knappen Wahlsieg der „Demokratischen“ Partei bei den Senatswahlen hat der Sturm der Trump-Meute auf das Capitol der neuen Regierung eigentlich mehr Raum gegeben für die versprochene „neue Politik“. Doch angesichts der Spaltung der Gesellschaft, der 74 Millionen Republikaner-Wähler und vor allem bei der Macht des US-amerikanischen Großkapitals wird die so stark propagierte „New-Deal“-Politik wohl spärlich ausfallen. Sie wird sich mehr auf die Innenpolitik konzentrieren. Außenpolitisch zeigt man weiter die Zähne. Der Ton in Washington gegenüber den Alliierten und anderen botmäßigen Ländern wird maßvoller sein als unter dem Rüpel Trump, die Forderung nach Komplizenschaft umso bestimmter. Die militärische und wirtschaftliche Stärke der USA nutzend, findet weltpolitisch die Politik der Macht und Gewalt ihre Fortsetzung: durch Kriege, gnadenlose Wirtschaftskonkurrenz und durch Verdummung der Menschheit mittels der Meinungsmonopole. Eine nicht zu übersehende Rolle spielen in den USA, aber auch in Lateinamerika, christliche Sekten, vor allem die Evangelikalen. Von vielen unbemerkt werden auch im deutschsprachigen Raum solche Gruppierungen immer stärker und einflussreicher. Dazu bringen wir in dieser Nummer der ARSTI eine Betrachtung.

Kaum im Sattel, hat Präsident Biden die Bombardierung Nordsyriens befohlen, bei der es viele Todesopfer gegeben hat. Die Hauptstrategie der USA und der NATO richtet sich verstärkt gegen Rußland und vor allem gegen die VR China.

Als vorrangiges Ziel hat sich das Pentagon das „Südchinesische Meer“ ausgesucht, im Verein mit den japanischen „Friedenstruppen“. Die deutsche Regierung ist gerade dabei, eine gefährliche „Beteiligung“ anzustreben. Es scheint, der Wüstenstaub im afrikanischen Mali hat zu wenig Prestigegewinn gebracht – von der Niederlage im 20jährigen Afghanistankrieg ganz zu schweigen. Aber der war ja für die „Menschenrechte“.

Leider hat gerade Deutschland im letzten Jahrhundert in eigener Schuld mit Kriegen, Militarismus und Nationalismus bittere Erfahrungen machen müssen. Das brachte Tod und Not über viele Völker. Genau vor 80 Jahren befahl die Nazi-Führung den grausamen Angriffskrieg gegen die Sowjet-Union, der dort 28 Millionen Menschen den Tod und dem Land die Zerstörung brachte. Der Bundespräsident erinnerte in einer Rede daran, was von einigen Medien prompt als Fehltritt angeprangert wurde. Da darüber in der BRD absichtlich Erinnerungsbemühungen immer kleiner gehalten werden, sind in den folgenden Generationen Schuldgefühle und Einsichten aus diesen Katastrophen immer weiter geschrumpft. Dem wollen wir entgegenwirken und verweisen hier auf einen Beitrag von Jörg Wollenberg, der dazu eine längere Betrachtung verfasst hat. Wegen des großen Umfangs dieses Artikels können wir die Thematik, die mehrfache Bedeutung des 9. November, der für Deutschland zu einem Schicksalstag wurde, in diesem Heft nur anreißen. Der ganze Artikel kann auf unserer homepage abgerufen werden.

Die Corona Pandemie hat zu massiven Beeinträchtigungen und Verwerfungen geführt. In einem Artikel dazu ziehen wir eine Zwischenbilanz.

Die anhaltende Corona Pandemie macht die Gewerkschaftsarbeit schwieriger. Das betrifft auch die Arbeit der Betriebsräte, die durch Gesetzesänderungen noch zusätzlich erschwert werden soll.

Die LINKE hat Ende Februar eine neue Doppelspitze gewählt und startet mit dem Entwurf eines Wahlprogramms ins „Superwahljahr“. Wir schauen uns das etwas genauer an.

Die Bedeutung des chinesischen 1,4 Milliarden-Volkes wird immer größer, nicht nur für Asien. Der wirtschaftliche Einfluss und auch der finanzielle wird selbst in der EU spürbar, vor allem in Südosteuropa. Wir betrachten den Werdegang Chinas mit einem weiteren Teil aus unserer China-Reihe „Wie der Kommunismus nach China kam“. In diesem Artikel legt der Autor den Fokus auf die „Rekonstruktion revolutionärer Politik in China“.

Aus England erhielten wir mehrere Berichte über die Labour Party in Zeiten von Corona.

Die Massenbewegungen in Chile halten an. Wir hatten darüber berichtet. In dieser Nummer ergänzen wir das mit einer Besprechung des Buches „Revolte in Chile“.

Die Besprechung einer Neuerscheinung über den deutschen Militarismus rundet diese Nummer ab.

Wir bedanken uns bei den ABO-Zahler:innen und Spender:innen und brauchen weiterhin eure Unterstützung! Wie jedes Jahr im März legen wir dafür einen Überweisungsschein bei.

Übriges: Der 1. Mai gehört uns – trotz Corona – so oder so!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

schwere Erkrankungen hätte dämpfen können. Ohne Maßnahmen war und ist also mit einer schnellen und allgemeinen Ausbreitung zu rechnen. Außerdem gibt es (noch) keine Medikamente, die eine wirksame, ursächliche Therapie der Infektion erlauben. Es gibt nur die Möglichkeit, durch eine symptomatische Therapie die Folgen der Infektion abzumildern.

Um was geht es? Die politische Ausgangslage

Die zentrale politische Frage, die sich für jede Gesellschaft bei der Bekämpfung einer Epidemie stellt, ist die nach der Priorität der Ziele. Ist Leben und Gesundheit der Bevölkerung das Wichtigste oder ist es etwas Anderes, etwa das weitgehende Aufrechterhalten der Wirtschaftstätigkeit, die Unantastbarkeit von individuellen Rechten oder die Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstils? Sind diese Ziele gleichwertig oder gibt es eine Rangfolge?

Die grundsätzlichen Entscheidungen über solche Prioritäten werden in jeder Gesellschaft im Wesentlichen von den gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen bestimmt, die wiederum auf den Klassenverhältnissen aufbauen. In kapitalistischen Gesellschaften steht die Produktion von Mehrwert und die darauf beruhende Verwertung des Kapitals im Zentrum. Es ist deswegen zu erwarten, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, wie einschneidend sie unter Umständen sein mögen, trotzdem eine weitgehend reibungs-

lose Mehrwertproduktion aufrecht erhalten wollen. Aber auch kapitalistische Gesellschaften können nicht ausschließlich auf Profit setzen. Der Staat, als ideeller Gesamtkapitalist, kann den Gesundheitsschutz nicht einfach ignorieren. Eine Pandemie völlig außer Kontrolle, verbunden mit einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems, wäre nicht im Sinne der übergeordneten Interessen des Kapitals. In der Realität sind deswegen eher Versuche zu erwarten, irgendwie beiden Belangen, Profit und Gesundheit, Rechnung zu tragen, Nicht überraschend sind dann die tatsächlich ergriffenen Maßnahmen oft von einer gewissen Inkonsequenz und einem Lavieren zwischen den beiden Zielen geprägt.

Die konkreten Ziele im Einzelnen, wie sie im Handeln von Regierungen sichtbar werden, ergeben sich aus den Interessen der maßgeblichen Gruppen. Diese Interessen sind normalerweise nicht widerspruchsfrei und können in Konkurrenz zueinander stehen. In den öffentlichen Debatten, die mit solchen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen verbunden sind, wird selbstverständlich nicht immer mit offenen Karten gespielt. Die tatsächlichen Prioritäten unterscheiden sich oft von den nach Außen hin propagierten Zielen.

Für Linke sollte klar sein, Gesundheitsschutz und Schutz des Lebens, und zwar für die ganze Bevölkerung inklusive der Risikogruppen, müssen in der Prioritätenliste ganz oben stehen. Es geht um die Minimierung der Todesfälle und die Reduzierung

der schweren Erkrankungen. Die Verhinderung eines Zusammenbruches des Gesundheitssystems, ausgedrückt durch die Überbelegung der Betten auf den Intensivstationen, das häufig genannte „flatten the curve“, kann nur ein Zwischenziel sein. Das längerfristige Ziel muss bleiben, die Gesundheitsbedrohung durch Sars-CoV-2 wieder (praktisch) vollständig zu eliminieren.

Reale Möglichkeiten der Pandemiebekämpfung

Auch im 21. Jahrhundert sind die Möglichkeiten zur Eindämmung einer Seuche, wie der Covid-19 Epidemie, begrenzt. Genau genommen gibt es zuerst einmal nur eine wirksame Maßnahme: die Verhinderung von neuen Infektionen. Nur dadurch lässt sich eine Ausbreitung stoppen bzw., im Erfolgsfall, auch ein Rückgang erreichen. Ein wesentlicher Fortschritt zu früheren Zeiten liegt allein in der Möglichkeit, die Infektionen durch genaue und empfindliche Tests nachzuweisen. Bei der Verhinderung von Infektionen gibt es einen gezielten Weg, der in der möglichst schnellen Entdeckung möglichst aller Infizierter (mittels eines fundierten Testkonzepts) besteht, mit der darauf folgenden Unterbrechung der Infektionskette durch Quarantäne für Infizierte und deren Kontaktpersonen. Ein zweiter Weg ist das generelle Vermeiden aller Situationen, bei denen eine Ansteckung denkbar ist, und zwar ungezielt, ohne einen konkreten



Quarantäne traf nicht die Reichen: Bewohner*innen einer Hochhaussiedlung in Massen-Quarantäne in Göttingen Juni 2020...



Abgesperrte Wohnblocks der Arbeiter der Tönnies-Fleischfabrik in Gütersloh...

Verdacht. Wenn Letzteres erfolgreich sein soll, läuft es auf eine weitgehende Reduktion aller Kontakte zu anderen Menschen hinaus. Bei unvermeidlichen Kontakten kann die Infektionswahrscheinlichkeit durch Tragen von Masken, Abstand halten etc. verringert werden. Ein Lockdown hat genau die Funktion, die Anzahl der Kontakte zu reduzieren. Jeder allgemeine Lockdown ist aber eine sehr grobe und weitgehend ungezielte Maßnahme.

Es stellen sich zwei Aufgaben, erstens der Schutz der Risikogruppen und zweitens die Verhinderung der schnellen allgemeinen Ausbreitung (schwere Verläufe und Todesfälle gibt es auch außerhalb der Risikogruppen). Beide Ziele sind miteinander verknüpft. Denn je weiter die Infektion verbreitet ist, desto mehr potentielle Kontakte von Infizierten zu Risikopersonen werden stattfinden und entsprechend schwierig bis unmöglich wird der Schutz dieser Gruppen.

Inzwischen steht durch die Entwicklung von Impfstoffen ein weiteres Mittel zur Verfügung. Bei vielen durch Viren verursachten Infektionskrankheiten (Pocken, Kinderlähmung, Masern) hat sich das Impfen als entscheidendes Instrument ihrer Eindämmung oder gar Ausrottung herausgestellt. Beim gegenwärtigen Wissensstand ist zu vermuten, dass auch bei Covid-19 Impfungen einen, vielleicht den entscheidenden Beitrag für die Eindämmung der Pandemie leisten werden.

Diese positive Einschätzung erfolgt im Wissen um den kapitalistischen Charakter der einschlägigen Produzenten. Ohne Zweifel gibt es gute Gründe, die Pharmaindustrie kritisch zu betrachten. Es gab in der Vergangenheit durchaus Beispiele von hoch problematischem Verhalten im Pharma- und Medizinsektor (bei Firmen, Behörden und Ärzten). Aber es gibt auch wissenschaftliche Standards für die Erprobung von Impfstoffen, mit deren Hilfe Leistungsfähigkeit und Risiken transparent gemacht werden können. Es war nie eine linke Position, kapitalistischen Firmen grundsätzlich die Fähigkeit und den Willen abzuspüren, nützliche und auch sichere Medikamente und Impfstoffe zu produzieren. Prinzipiell gilt Ähnliches für die Einschätzung von staatlichen Zulassungsstellen, Impfkommisionen und ähnlichen Institutionen. Skepsis und kritische Fragen sind angebracht, aber nicht grundlose Verdächtigungen.

Das Elend des staatliche Krisenmanagements – einige Beispiele aus Deutschland

Am 28. März 2020 hat der Bundestag die Sars-CoV-2 Pandemie als „epidemische Lage von nationaler Tragweite“, wie das im Infektionsschutzgesetz offiziell heißt, eingestuft. Bei einer solchen Lage ist es die Aufgabe des Staates, Maßnahmen zur Bekämpfung dieser epidemischen Notlage zu ergreifen. Aber eigentlich beginnt die Aufgabe schon viel

früher. Der Staat hat, bzw. hätte, die Pflicht, auf Notfälle wie eine Pandemie vorbereitet zu sein. Diese Vorbereitung war ausgesprochen schlecht, in Deutschland und auch anderswo. Es gab zwar Pandemiepläne auf dem Papier, aber anscheinend hat die niemand so richtig ernst genommen. Das Einlagern von ausreichenden Vorräten an Schutzkleidung ist offensichtlich im Laufe der Zeit Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen. Am deutlichsten wurde das bei den Masken sichtbar. In der offiziellen Darstellung verwandelten sich diese im Laufe der Zeit von nutzlosen Utensilien, die sogar einer Ausbreitung förderlich sein könnten, zu einem entscheidenden Mittel zur Eindämmung der Pandemie. Der eigentliche Grund für diese Verwandlung war natürlich der anfängliche Mangel an Masken und nicht neue Erkenntnisse über deren Wirkung. Aber immerhin, man hat die Kurve noch gekriegt.

Die mangelnde Vorbereitung bezieht sich natürlich nicht nur auf die Einlagerung von Schutzkleidung. Das war und ist ein generelles Problem des auf Kostensenkung und (finanzieller) Effizienz getrimmten Gesundheitssystems. Es gab den Abbau von Betten, seit 1991 um 25%, inklusive der Schließung ganzer Krankenhäuser. Das Personal wurde so weit ausgedünnt, dass es permanent an der Grenze zur Überlastung arbeiten muss. Seit vielen Jahren wird Marktorientierung und Kommerzialisierung vorangetrieben. Dieser Zustand reicht für manche „Berater“



gegen den Ausbruch bewacht von der Polizei

der Regierung noch nicht aus. Für die Bertelsmann Stiftung und die Leopoldina Akademie der Wissenschaften ist, gemäß ihren Modellrechnungen, ein weiteres Drittel der Krankenhausbetten überflüssig. Nach etlichen Wellen des neoliberalen Sparens, genauer des Kaputtsparens, reichen die Kapazitäten gerade noch für die in normalen Zeiten anfallenden Aufgaben. Reserven für Notsituationen sind kaum mehr vorhanden.

Das Kaputtsparen hatte in der Vergangenheit auch den ganzen öffentlichen Gesundheitsdienst betroffen. In den letzten zwei Jahrzehnten hat dieser ein Drittel seiner Stellen verloren. Und plötzlich müssen die personell so ausgedünnten Gesundheitsämter Schlüsselfunktionen der Pandemiebekämpfung wie das Kontakt-Tracing übernehmen. Ein funktionierendes Nachverfolgen der Infektionsketten könnte zusammen mit einem Testkonzept eine wesentliche Rolle bei der Unterbrechung der Infektionsketten spielen. Ein solcher Ansatz ist viel gezielter als ein Lockdown, aber er müsste auch flächendeckend funktionieren. Offensichtlich war das aber nicht im ausreichenden Maße der Fall. Nach der ersten Welle im Frühjahr 2020 gingen die Inzidenzwerte stark zurück. Es gab in Deutschland mehrere Wochen mit weniger als 500 Neuinfektionen täglich. Das entspricht einer 7-Tage-Inzidenz pro 100 000 Einwohner von knapp unter 4. Die Zahlen wären also günstig gewesen, um praktisch alle Infizierten zu erfassen. Als dann

im Herbst die Fallzahlen wieder anstiegen, konnte das Kontakt-Tracing diese Zunahme nicht ausbremsen. Die Fallzahlen stiegen kontinuierlich an und erreichten bald Werte, die die Möglichkeiten des Nachverfolgens dann endgültig überforderten. Das heißt selbstverständlich nicht, dass die Gesundheitsämter nicht aktiv gewesen wären. Die Infizierten wurden kontaktiert, in Quarantäne geschickt, nach Kontaktpersonen befragt etc. Der Anstieg der Infektionen konnte aber trotzdem nicht verhindert werden, was auch immer im Einzelnen die Gründe dafür waren (nur ein Teil der Infizierten wird erfasst, die Langsamkeit des Prozesses). Es ist deshalb verwunderlich, wenn jetzt immer wieder behauptet wird, bei einem Inzidenzwert unter 50 könnte die Nachverfolgung der Infektionsketten wieder funktionieren. Warum das jetzt so wesentlich besser funktionieren sollte als im Sommer des vergangenen Jahres, ist nicht ersichtlich.

Überhaupt steht es schlecht um das Wissen über die tatsächlichen Wege der Infektionen. Verlässliche Daten dazu sind Mangelware. Das ist ein Problem, das vielleicht nicht im Focus der Öffentlichkeit steht, aber in der Praxis von großer Bedeutung ist. Es sei nur an die Frage erinnert, welche Rolle Kindern (eventuell differenziert nach Altersgruppen) im Infektionsgeschehen zukommt. Wenn die Infektionswege nicht bekannt sind, können sie auch nicht gezielt unterbrochen werden. Die Entscheider (aber auch ihre Kritiker) handeln

mehrheitlich ohne fundierte Daten. Das ist generell so, aber in Deutschland besonders ausgeprägt. Das diesbezügliche deutsche Meldewesen ist schwerfällig, wenig detailliert und kann nicht viel zur Aufklärung der Infektionswege beitragen. Aber dieser Datenmangel hat anscheinend noch niemanden dazu motiviert, diese Fragen mit Nachdruck anzugehen. Es ist nicht bekannt, dass entsprechende Befragungen, Erhebungen und Untersuchungen im größeren Ausmaß durchgeführt werden, was ja auch eine Aufgabe des Staates bzw. seiner wissenschaftlichen Einrichtungen wäre.

Das Abklingen der ersten Welle im Frühjahr letzten Jahres hat ein Zeitfenster eröffnet, um bei einer zweiten Welle besser gerüstet zu sein. Diese Chance für gründliche Vorbereitungen wurde vergeblich, obwohl die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Welle allgemein bekannt gewesen sein muss.

Besonders gravierend zeigt sich dies im mangelnden Schutz für die Risikogruppen in den Alten- und Pflegeheimen. Sicher ist auch richtig, dass ein Schutz nicht einfach zu organisieren ist, besonders wenn er nicht mit der völligen Isolation der Heimbewohner verbunden sein soll. Aber gerade wegen dieser Schwierigkeit hätte er mit Nachdruck organisiert werden müssen. Statt dessen wurde die Organisation den einzelnen Heimleitungen überlassen. Es gab weder ausgearbeitete Konzepte und Vorgaben, noch eine ausreichende

Unterstützung, sowohl organisatorischer als auch finanzieller Art. Eine ausreichende Testung für Insassen, Personal, Besucher etc. war lange Zeit nicht gewährleistet. Die Folgen dieses staatlichen Nicht-Handelns waren desaströs, ein großer Teil der inzwischen über 70 000 Todesfälle sind Bewohner von Heimen.

Ähnliche Versäumnisse gibt es auch bei Schulen und Kinderbetreuung. Wenn in den Sommermonaten ein entsprechendes Testkonzept entwickelt worden wäre, wäre es wahrscheinlich ohne unverhältnismäßige Risiken möglich gewesen, Schulen und Kitas wesentlich länger in einem zumindest annähernden Normalbetrieb offen zu halten. Es gibt Vorschläge, wie das Testen von großen, mehrheitlich negativen Gruppen organisiert werden könnte. Diese Vorschläge hätten aufgegriffen, erprobt und dann flächendeckend umgesetzt werden müssen. Die Kosten wären im Vergleich zu den Milliarden, die sonst für Hilfen versprochen wurden, gering gewesen. Aber es bräuchte eine Institution, die so etwas initiiert und organisatorisch vorantreibt. Anscheinend ist dazu weder das Gesundheitsministerium noch das RKI, noch sonst jemand in der Lage.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Beschaffung des Impfstoffs. Spätestens als sich abzeichnete, welche Hersteller als erste die Entwicklung abgeschlossen haben, hätte die Regierung (die EU etc.) beginnen müssen, sich intensiv um die Produktion und Belieferung zu kümmern, wenn notwendig auch mit direkten Eingriffen bei den Unternehmen (Zwangslizenzen und ähnliches). Die gesetzliche Grundlage für solche Eingriffe existiert. Aber man hat es laufen lassen. Als dann Probleme mit der Belieferung auftauchten, war man überrumpelt. Es ist richtig, auch der Staat kann Produktionsprobleme nicht einfach lösen. Aber darum geht es nicht. Die Kritik bezieht sich auf das Versäumnis, rechtzeitig geplant und steuernd eingegriffen zu haben. Eine staatliche Federführung hätte auch nicht auf einen nationalen Alleingang oder Impfnationalismus hinauslaufen müssen. Eine Kooperation mit EU und anderen Ländern wäre jederzeit möglich.

Das Kernstück der staatlichen Maßnahmen sind die diversen Lock-

downs und die sonstigen Einschränkungen, die jetzt in den verschiedenen Variationen und Schweregraden über ein Jahr gelten. Wer glaubt, die staatlichen Verfügungen treffen vor allem die Bereiche, die besonders viel zum Infektionsgeschehen beitragen, liegt mit großer Wahrscheinlichkeit nicht richtig. Der Mangel an Daten wurde schon erwähnt. Niemand, auch die Regierung nicht, weiß, welche Folgen die Verhängung (oder Aufhebung) von Maßnahmen wie Schließung von Schulen, Läden, Gaststätten etc. in der Realität haben. Sicher, die Lockdowns führen zu einer Verringerung von Kontakten und tragen damit zur Dämpfung des Infektionsgeschehens bei, das ist ein unbestreitbarer Effekt. Aber es wäre eine Illusion anzunehmen, das staatliche Eingreifen beträfe genau die besonders relevanten Infektionswege.

Vermutlich erklärt sich die Auswahl der von Schließungen betroffenen oder verschonten Bereiche zu einem großen Teil aus der Einstufung ihrer ökonomischen Bedeutung. Die großen Betriebe, die ökonomischen Schwergewichte, der Kernbereich der Wirtschaft mit den produzierenden Betrieben werden offensichtlich geschont, im Gegensatz zu den als nicht so wichtig eingeschätzten Bereichen (Gaststätten, Läden und die gesamte Kultur). Die Einstufungen lassen sich schwerlich allein aus Erkenntnissen über Infektionsrisiken oder tatsächlich stattfindende Infektionen ableiten.

Ökonomische Folgen

Die Pandemie hat in vielen Ländern die stärkste Rezession der Nachkriegszeit verursacht. Die speziellen, durch die Pandemie bedingten Effekte überlagern sich mit den wirtschaftlichen Entwicklungen, wie sie auch ohne Pandemie stattgefunden hätten. Krisentendenzen waren schon vorher sichtbar. Als Beispiel dafür sei die Autoindustrie genannt. Diese zeigte schon vor Corona deutliche Anzeichen einer ungenügenden Kapazitätsauslastung. Dazu kommt die Unsicherheit aufgrund des bevorstehenden Umbaus durch den Abschied vom Verbrennungsmotor. Andere Entwicklungen, die bereits vorher erkennbar waren, haben durch die Pandemie einen erheblichen Schub

erhalten. Zu nennen sind besonders der Trend zum Online-Handel und die damit verbundenen Strukturänderungen, die mit ihren Folgen für die Innenstätte und den dortigen Läden noch gar nicht abzusehen sind, genauso wie der Trend zum Home-Office.

Aber unbestreitbar hatte und hat die Pandemie ganz unmittelbar starke Auswirkungen auf das Wirtschafts-geschehen. Insbesondere die staatlichen angeordneten Schließungen oder manche Verhaltensänderungen, wie etwa den Verzicht auf Reisen, hätte es ohne Pandemie nicht in dieser Weise gegeben. Und es gibt eine Reihe von indirekten Effekten wie Kaufzurückhaltung bei Privathaushalten wegen der Einkommensverluste oder dem Verzicht auf Investitionen im Unternehmensbereich wegen der unklaren Geschäftsaussichten. Eher selten und nur kurz kam es zu Produktionsausfällen wegen der Unterbrechung von Lieferketten (wie z.B. im 1. Lockdown im Frühjahr, weil Zulieferungen vor allem aus China fehlten. Die Lieferengpässe bei Mikrochips, unter denen viele Branchen und auch die Automobilindustrie leiden, sind anscheinend nicht durch die Pandemie bedingt.)

Das konkrete Ausmaß der Einbußen durch die Pandemie ist allerdings sehr unterschiedlich. Es gibt Bereiche und Branchen, die fast ohne Einschränkungen weiter produzieren und verkaufen können, während andere praktisch stillgelegt sind. Wiederrum andere haben von der Pandemie profitiert.

Durch dieses spezielle Muster der Betroffenheit zeigt sich der besondere Charakter der „Corona-Rezession“. Denn das „spezielle Muster“ kann nur mit den staatlichen Auflagen und den durch die Pandemie bedingten Verhaltensänderungen erklärt werden und nicht aus den typischen Abläufen der kapitalistischen Ökonomie, wie etwa einer Überakkumulation oder dem Zyklus von Boom und Krise. Die „Corona-Rezession“ unterscheidet sich dadurch von anderen Wirtschaftskrisen, wie etwa der Finanzkrise von 2008. Aber die Unterschiede sind relativ. Denn die direkten Pandemiefolgen treffen auf eine kapitalistische Wirtschaft, die bereits selbst in einem mehr oder weniger ausgeprägten Krisenmodus war, und

verursacht dort weitere Turbulenzen. Die Beschreibung als Krisenmodus ist durch das Vorhandensein von einer ganzen Reihe von Problemen gerechtfertigt, die meistens schon seit längerer Zeit bestehen, aber nicht gelöst werden können. Hier nur eine kurze, stichpunktartige Aufzählung einiger dieser Probleme: Wachstums- und Akkumulationsschwäche in der Realwirtschaft, daneben ein Boom im Finanzbereich mit inflationsartigen Preissteigerungen bei Vermögenswerten (Aktien, Immobilien), verbreitete Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und große Jugendarbeitslosigkeit (z.B. in Spanien), große Disparitäten in den Handelsbilanzen, hohe Verschuldung bei Privaten und Staaten, zunehmende Ungleichheiten in der Gesellschaft. Die Probleme sind seit langem bekannt und werden in der Öffentlichkeit und bei Ökonomen breit diskutiert. Trotzdem können sie nicht gelöst werden. Im Wesentlichen kommt es nur zu einem vor sich Herschieben und mit jeder Krise zu einer weiteren Verschärfung. Jetzt kommen noch die Belastungen der Pandemie dazu.

In Deutschland wurden von der Bundesregierung mehrmals großzügige staatliche Hilfen angekündigt, um die finanziellen Folgen der Pandemie abzumildern. In der Realität scheinen die Hilfen aber nur zäh zu fließen. Das wichtigste staatliche Instrument aus Sicht der Beschäftigten ist das Kurzarbeitergeld. Dieses ist zwar mit Einbußen verbunden, garantiert aber doch ein einigermaßen verlässliches Einkommen. Schlimm trifft es viele Selbständige, besonders Soloselbständige und Scheinselbständige, die auch schon vor der Pandemie prekären Bedingungen ausgesetzt waren. Probleme haben auch viele, die sich durch einen Nebenjob noch etwas dazuverdient haben bzw. dazuverdienen mussten, denn viele dieser Nebenjobs fallen jetzt weg. So gibt es eine erhebliche Spaltung bei den Beziehern von Löhnen und Einkommen in jene, die eine Last zu tragen haben und jene, die auch in der Pandemie ein sicheres und ungekürztes Einkommen erhalten. Letztere haben sogar eine stärkere Ersparnis aufzuweisen, da viele Möglichkeiten, Geld auszugeben, eingeschränkt sind (Gaststätten, Kultur, Reisen). Es lässt sich noch nicht endgültig abschätzen,

was die staatlichen Hilfen langfristig bewirken werden. Wer wirklich einen Ausgleich für von der Pandemie bedingte Verluste erhält, wer leer ausgeht und wer vielleicht sogar profitiert (es gibt auch Berichte über Betrug). Zur Zeit ist noch völlig unklar, wie viele Konkurse noch bevorstehen und in welchem Ausmaß es noch zu dauerhaftem Arbeitsplatzabbau kommen wird. Die Arbeitslosigkeit ist im Februar, untypisch für diesen Monat, auf jeden Fall schon gestiegen.

Praktisch ohne Verluste ist die Pandemie an den Vermögen der Wohlhabenden und Reichen vorbeige-



gegangen. Am deutlichsten ist das an den Aktienkursen sichtbar, die einen heftigen Kursrückgang im Frühjahr 2020 schnell überwinden konnten und bald wieder Rekordhöhen erreichten. Man kann heute schon feststellen: die Pandemie trägt dazu bei, die Ungleichheit in der Gesellschaft weiter zu vertiefen.

Wie schon festgestellt, zeigt sich bei den Lockdowns ein Verschonen der ökonomischen Schwergewichte. Die Produktion konnte weitgehend ungestört weiterlaufen. Sind trotzdem Große stark beeinträchtigt, werden dort schnell Hilfsmaßnahmen organisiert (siehe Lufthansa, TUI, Kaufhof-Karstadt). Viele Firmen können auch, trotz satter Gewinne, Krisenkosten über die Kurzarbeit weitestgehend auf die Allgemeinheit

abwälzen. Solche Erscheinungen setzen Forderungen nach Abschöpfung von Krisengewinnen oder andere Ausgleichsmaßnahmen, wie etwa die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, auf die Tagesordnung.

Von offizieller Seite wird Optimismus verbreitet und eine schnelle und starke wirtschaftliche Erholung nach dem Ende der Pandemie angekündigt. Allerdings musste der Beginn der Erholung schon mehrmals hinausgeschoben werden. Ein gewisser Erholungseffekt nach dem Aufheben aller Maßnahmen wäre durchaus normal. Trotzdem muss man feststellen, die kapitalistische Ökonomie ist und bleibt in einem labilen Zustand, und das weltweit.

Vieles lässt sich noch nicht abschließend beurteilen. Es ist auch noch offen, wie und wem einmal die Rechnungen mit den Pandemiekosten präsentiert werden. Jetzt übernimmt vieles erst einmal pauschal der Staat. Die Abwälzungsversuche werden sicher erst nach der Bundestagswahl erfolgen.

„Querdenker“

Durch diverse Demos wurde klar, es gibt bei allem, was mit der Pandemie zusammenhängt, eine Fundamentalopposition, die „Querdenker“ aller Art. Gemeinsam ist diesen die Ablehnung der Maßnahmen gegen die Pandemie. Darüber hinaus propagieren sie oft ganz eigene Sichtweisen und Einschätzungen bezüglich der Infektionslage, der gesundheitlichen Risiken, der Art und Herkunft des Virus etc.. Diese Sichten sind im einzelnen sehr unterschiedlich und häufig widersprechen sie einander erheblich. Sie haben nur die eine Gemeinsamkeit, sie sind anders als die von Wissenschaft und Regierung vertretenen Ansichten.

Sicher ist, dass viele Rechte, von den Reichsbürgern über NPD und AFD, hier mitgemischt haben und sich Anschluss und Einwirkungsmöglichkeiten auf eine breitere „Bewegung“ erhofften. Aber es sind nicht alle Teilnehmer typische Rechte. Die Zusammensetzung ist ziemlich vielfältig und entzieht sich einer klaren Einordnung. Denn es gibt „Corona Leugner“, Verschwörungstheoretiker, Esoteriker und esoterisch Angehauchte, Vertreter von speziellen Gesundheitslehren mit



eigenen Vorstellungen von einer gesunden Ernährung, die auch gegen Viren schützt, Anhänger von speziellen, oft sozialdarwinistisch beeinflussten Konzepten zum „richtigen“ Umgang mit Krankheiten, Anthroposophen (aber keineswegs alle Anthroposophen), Religiöse, die sich durch Beten gegen Infektionen schützen, Impfgegner mit den verschiedensten Begründungen für ihrer Gegnerschaft und noch einiges mehr. Bei vielen dieser Vorstellungen findet sich ein gehöriger Zug zum Irrationalismus.

Vermutlich beteiligen sich bei den Demos aber auch Leute, die ökonomische Probleme haben und deshalb ein schnelles Ende der Maßnahmen wollen. Und sicher auch Leute, die um ihre Freiheitsrechte besorgt sind, die Widerspruchsgeist gegen die Obrigkeit für sich in Anspruch nehmen und durch echte oder vermeintliche Widersprüche in den „offiziellen“ Positionen motiviert werden.

Auch wenn viele „Querdenker“ nicht direkt als Teil der rechten Szene angesprochen werden können, ist es auffallend, dass sie keine Probleme haben, mit dieser Szene gemeinsam zu demonstrieren und wenig unternehmen, um sich abzugrenzen. Deshalb muss man davon ausgehen, dass viele von ihnen zumindest schon mit einem Bein auf rechtem Boden stehen.

Trotzdem sind Erscheinungen wie die „Querdenker“ auch eine Herausforderung für die Linke. Denn dadurch wird deutlich: Unzufriedenheit und wachsende Bereitschaft zum Opponieren ist nicht mit einer erhöhten Aufnahmebereitschaft für linke Argumente verbunden. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, linke Argumente haben die Meinungsführerschaft bei einem erheblichen Teil der unzufriedenen Gruppen und sich

herausbildenden Protestströmungen verloren, wenn sie denn eine solche jemals hatten. Das ist auch deswegen wichtig, weil es nicht auf diese spezielle Situation (Pandemie) begrenzt ist. Der Aufschwung von vielfältigen nicht linken bis rechten Protestbewegungen zeigt sich auch bei anderen Themen und Konstellationen, auch außerhalb Deutschlands.

Linke Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen muss noch deutlicher und klarer mit linken Inhalten verbunden werden. Das Hoffen darauf, dass jeder Appell an Ressentiments (gegen die Mächtigen, gegen den Staat) automatisch in die richtige Richtung wirkt, dürfte in vielen Fällen falsch und deshalb politisch gefährlich sein.

Eine Zero Covid Strategie?

Am 19. Dezember 2020 wurde ein „Internationaler Aufruf für die konsequente Eindämmung der Covid 19 Pandemie in Europa“ lanciert, im Januar folgte dann die deutsche Entsprechung (mit inzwischen mehr als 100 000 Unterzeichnern). Im Aufruf wird als Ziel ein „gemeinsam runter auf Null“ Infektionen ausgegeben. Als Hauptmittel wird ein umfassender Shutdown vorgeschlagen: Deshalb ... „brauchen wir eine solidarische Pause von einigen Wochen. Shutdown heißt: Wir schränken unsere direkten Kontakte auf ein Minimum ein – und zwar auch am Arbeitsplatz! Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen müssen

geschlossen und die Arbeitspflicht ausgesetzt werden.“

Ein solcher Shutdown müsste, gemäß dem Aufruf, in allen europäischen Ländern gleichzeitig stattfinden. Entsprechend der Devise „Niemand darf zurückgelassen werden“ werden umfangreiche Forderungen erhoben, um sowohl die Belastungen des Shutdowns als auch die längerfristigen Folgen der Pandemiebekämpfung solidarisch abzufedern.

Der Aufruf „Zero Covid“, zeigt in etwa auf, wie eine wirksame und trotzdem solidarische Vorgehensweise gegen Covid 19 aussehen könnte. Leider ist im derzeitigen politischen Umfeld eine solche Vorgehensweise unrealistisch, für Deutschland und für ganz Europa. Es ist auch fraglich, ob bei der inzwischen erreichten Verbreitung von Sars-CoV-2, das Null-Infektionen-Ziel mittels eines Shutdowns überhaupt noch möglich ist.

Aber der Aufruf stellt richtigerweise in den Mittelpunkt, welche Ziele und Forderungen eigentlich gestellt werden müssten. Denn das staatliche Handeln gibt sich anscheinend mit einem „flatten the curve“ zufrieden. Es soll die Überforderung des Gesundheitswesens verhindert werden und insbesondere, dass diese durch die Notwendigkeit, die ärztliche Triage anzuwenden, offensichtlich wird. Durch die immer stärkere Verbreitung der besonders ansteckenden Mutanten gerät diese Strategie aber in ein Dilemma. Sie schwankt zwischen einem Hinnehmen von großen Infektionszahlen, einschließlich der damit verbundenen Risiken, und einem Dauer-Lockdown, der aber auch nur Minimalerfolge bringt und immer weniger akzeptiert wird. Die Impfungen kommen aber nur sehr schleppend voran.

Die LINKE: mit weiblicher Doppelspitze zu neuen Ufern?



Auf dem Parteitag am 26. und 27. Februar wurden Janine Wissler, die hessische Landtagsfraktionschefin, und die thüringische Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow zur neuen Doppelspitze der Partei Die LINKE gewählt. Auf dem coronabedingt mehrfach verschobenen Online-Parteitag erhielt Wissler 84,2 Prozent der Stimmen. Hennig-Wellsow brachte es auf 70,5 Prozent (sie musste sich allerdings gegen zwei Gegenkandidaten durchsetzen). Auch die stellvertretenden Vorsitzenden und der Parteivorstand wurden neu gewählt. Katja Kipping und Bernd Riexinger traten, entsprechend den Statuten der Partei, nach neun Jahren Parteiführung zurück.

Janine Wissler ist dem linken Spektrum der Partei zuzurechnen. Sie engagierte sich in ihrer Jugend bei Attac, später bei der trotzkistischen Gruppe Linksruck, inzwischen Marx 21. Wissler ist aus dem trotzkistischen Netzwerk ausgetreten, was sie nicht als Distanzierung verstanden wissen will. Aber als Parteichefin sei es einfach nicht üblich, Mitglied einer solchen Organisation zu sein. Einem bundesweiten Regierungsbündnis aus der LINKEN, der SPD und den Grünen steht sie eher skeptisch gegenüber, wobei

sie jedoch nicht grundsätzlich gegen Regierungsbeteiligungen ist. Zur Friedenspolitik spricht sie deutliche Worte und gibt sich beim Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr kompromisslos.

Wissler ist bündnisorientiert; sie weiß, dass die LINKE auch außerparlamentarisch agieren muss. Deswegen sucht sie die Verbindung zu außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen, den Gewerkschaften und auch zu Klima-, Mieter- oder migrantischen Bewegungen.

Wissler gehört zu den Politikerinnen, die vom sogenannten NSU 2.0 Morddrohungen bekommen haben, die rechtsextremen Polizeibeamten zugeschrieben werden.

Susanne Hennig-Wellsow steht für die Bereitschaft der LINKEN zur Regierungsbeteiligung im Bund und bringt Regierungserfahrung mit. In einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk sagte sie dazu am 26. Februar: „... es lohnt sich, dass die Linke da mitmisch, ich möchte, dass die Linke darauf vorbereitet ist ... Rot-Rot-Grün hat mehr Gemeinsamkeiten als Schwarz-Grün.“ Erst nach mehrmaligem Nachfragen des Moderators, wie sie es denn mit der Forderung der LINKEN zum Austritt aus der NATO halte, rang sie sich zu einem „ich will das auch“ durch. „Aber es muss

auch möglich sein, über neue Bündnisse nachzudenken, man muss es verhandeln können und dürfen.“

In einigen Kommentaren linker Zeitschriften ist zu lesen, dass vor allem die Wahl Hennig-Wellsows ein deutliches Signal dafür sei, dass die Weichen nun verstärkt auf „Rot-Rot-Grün“ im Bund gestellt werden. Hoffnung, dass die „Basis“ das so nicht mitträgt, ziehen die Kommentatoren aus der Tatsache, dass Hennig-Wellsow nur 70,5 Prozent der Delegiertenstimmen erhalten hat, wobei ihre beiden Gegenkandidaten häufig nicht erwähnt werden.

Über die Zusammensetzung des neuen Parteivorstands zeigt sich die „Sozialistische Linke“ in der Partei besorgt. Wir zitieren aus der Erklärung vom 4. März 2021:

„... Denn dieser spiegelt weder die Pluralität der Partei noch die realen Kräfteverhältnisse in der Partei adäquat wider. Die Strömung der ‚Bewegungslinken‘, die gemeinsam mit der AKL und dem linksliberalen Lager der Partei ein paar Dutzend Stimmen mehr mobilisieren konnte, konnte alle ihre 20 KandidatInnen für den Parteivorstand durchsetzen. Dem gegenüber sind die Vertreter der Sozialistischen Linken, der Kommunistischen Plattform oder der BAG Hartz IV sowie von Cuba Si nicht mehr in dem 44-köpfigen Gremium des Parteivorstands vertreten. ... müssen wir bedauernd feststellen, dass die traditionell marxistischen, früher linkssozialdemokratischen und reformkommunistischen Kräfte, die bei der Bildung der LINKEN eine zentrale Rolle spielten, im jetzigen PV weitgehend ausgegrenzt sind.“

In der weiblichen Führungsspitze sieht die Führung der LINKEN-Bundestagsfraktion ein Signal des Aufbruchs. Dietmar Bartsch sagte der Deutschen Presse Agentur, die Chancen seien gestiegen, bei der Bundestagswahl im September zweistellig zu werden. Amira Mohamed Ali meinte, man gehe geschlossen und mit neuem Mut in das Wahljahr. Umfragen sehen die LINKE derzeit bei sieben bis acht Prozent.

Mit den Neuen in die Regierungsbeteiligung?

Katja Kipping gab der Partei noch eine deutliche Empfehlung und rief sie auf, die Frage einer möglichen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene zu klären. „Denn die Zeiten verlangen von uns mehr, als einfach an der Seitenlinie zu stehen und das schlechte Spiel der anderen zu kritisieren“, sagte sie.

Die Frage ist, wie die neue Doppelspitze zu einer Regierungsbeteiligung im Bund steht. Susanne Hennig-Wellsow ist hier sehr deutlich, was kein Wunder ist, steht sie doch für das Thüringer Modell einer linken Regierungs-„macht“. Auf dem Parteitag warb sie dafür mit den Worten „Lasst uns nicht mehr warten! Die Menschen haben keine Zeit, auf uns zu warten.“ Sie sprach auch davon, CDU und CSU aus der Bundesregierung zu „vertreiben“ und meinte: „Ob schwarz-grün kommt oder rot-rot-grün, liegt auch an uns.“ Hennig-Wellsow agierte an der Seite von Bodo Ramelow, dem bis heute einzigen Ministerpräsidenten der Partei. Seit sieben Jahren führt Hennig-Wellsow den thüringischen Landesverband, seit sechs Jahren auch die Fraktion im Landtag.

Janine Wissler klingt in dieser Frage noch nicht so festgelegt. Sie hält eine Regierung aus Grünen, SPD und LINKEN für eher unwahrscheinlich und hat die Einstellung, „wir mobilisieren damit von uns weg.“ Beim Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr – dem größten Streitpunkt bei etwaigen

Koalitionsverhandlungen – gibt sie sich kompromisslos. In ihrem Redebeitrag auf dem Parteitag plädierte sie dafür, anstatt eines rot-rot-grünen Koalitionsbündnisses mit SPD und Grünen viel eher die Oppositionsarbeit in den Fokus zu stellen. Grundsätzlich ist sie jedoch nicht gegen eine Regierungsbeteiligung. Sie hat in Hessen selber schon zweimal über eine rot-rosa-grüne Regierungsbeteiligung verhandelt. Allerdings gab es bei ihr dabei ganz klare Grenzlinien, die nicht verhandelbar waren.

Die Redebeiträge auf dem Parteitag machten die Uneinigkeit der Partei in dieser Frage deutlich. Es wurde davor gewarnt, Regierungspolitik mit Gestaltungsmacht zu verwechseln; oder wie man denn in einer Bundesregierung mit der SPD zusammenarbeiten könne, die man jetzt aus der Opposition heraus scharf kritisiert und die in dem Augenblick, in dem man mit ihr regiert, doch keine andere Partei sei als jetzt. Die Vorstellung als kleinste Regierungspartei Einfluss auf den Kurs einer solchen Regierung nehmen zu können, wurde als „Hochstapelei“ bezeichnet. „Wir werden nicht umgestalten, wir werden umgestaltet werden“. Andererseits gab es allerdings auch genügend Beiträge, die sich dafür aussprachen, diese Debatte zu beenden und nun zu verändern statt nur zu kritisieren.

Die alte Diskussion ist wieder die neue. Welchen Weg die LINKE in diesem „Superwahljahr“ letztlich einschlägt, soll in parteiinternen, sachbe-

zogenen und hoffentlich solidarisch geführten Diskussionen geklärt werden, ohne dass die Partei dabei allzu großen Schaden erleiden muss. Die bürgerlichen Parteien und ihre Medien liegen schon auf der Lauer.

Zum Wahlprogramm der LINKEN

Für den Bundestagswahlkampf haben die beiden Ex-Vorsitzenden der neuen Parteiführung ein neues Wahlprogramm mit auf den Weg gegeben. Sie hatten den maßgeblich von ihnen erstellten ersten Entwurf für ein Wahlprogramm der LINKEN Anfang Februar in Berlin vorgestellt. Er steht unter der Überschrift „Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!“.

Dieser Entwurf soll nach einem genau aufgestellten „Fahrplan“ in den Organisationen der Partei auf verschiedenen Treffen und Konferenzen (online) möglichst breit in der Partei diskutiert und weiterentwickelt werden. Nach abschließenden programmatischen Debatten auf einer Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz im April in Bielefeld wird der Entwurf als Leitantrag veröffentlicht und damit beginnt das Antragsverfahren. Auf einem Bundesparteitag am 19./20. Juni 2021 soll das Wahlprogramm dann abschließend beraten und beschlossen werden.

In der Einleitung zum Wahlprogramm wird angekündigt, was das Ziel sein soll:

Linkes Wunschdenken

In ihrem Aufsatz „Linkes Wunschdenken“ setzen sich Volker Külow und Ekkehard Lieberam mit dem Strategiepapier „Zukunft nach Corona. Vorschläge zur strategischen Positionierung der LINKEN“ von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Jörg Schindler und Harald Wolf auseinander. Dieser Text ist die Grundlage für die Diskussion in der LINKEN über eine Regierungsbeteiligung.

Lieberam und Külow bescheinigen den Verfassern „Linkes Wunschdenken“ und weisen ihnen „eine oberflächliche Krisenanalyse und erstaunliche Regierungsversessenheit, die die realen Verhältnisse ausblendet“, nach.

Der sehr empfehlenswerte Aufsatz ist nachzulesen unter: <https://www.jungewelt.de/artikel/379357.positionen-der-linkspartei-linkes-wunschdenken.html>

Im Folgenden einige Auszüge:

„Die LINKE sollte bei zukünftigen Bundestagswahlen offensiv das Ziel eines Politik- und Regierungswechsels vertreten.“ (Kipping, Riexinger, Schindler und Wolf) Damit soll der Partei Die LINKE ein abenteuerlicher Richtungswechsel aufgezwungen werden, der des Übergangs zu offensiven Bundestagswahlkämpfen für ‚R2G‘ (rot-rot-grüne Koalition; jW).

Die Linkspartei soll in diesem Umbruch ‚solidarischer Lotse‘ sein. Sie müsse ‚für einen gesellschaftlichen Neuanfang‘ streiten. Gefordert werden die ‚Demokratisierung des Sozialstaates‘, ‚soziale

Garantien und Sicherheit‘, ein starker ‚öffentlicher Sektor‘ und ‚gute Arbeit‘. Soweit durchaus akzeptabel.

Nicht widersprochen wird der Illusion, der Staat und dessen Politik bewältigen das alles.

Der Bewertung der Krise im Sinne des ‚Mainstreams‘ folgt die Übernahme des herrschenden Politik- und Demokratiebegriffs. Wie die tägliche Propaganda in der Bundesrepublik es suggeriert, geht es dabei um die ‚Herrschaft des Volkes‘ als politische Realität. Gesprochen wird im Strategiepapier von der ‚geballte(n) Macht der großen Konzerne‘, gegen die man den ‚linken Green New Deal‘, die ‚sozial-ökologische Transformation‘ durchsetzen müsse. Damit hat es sich dann aber auch. Denn zugleich wird diese Macht in der ‚demokratischen Republik‘ eben nicht, wie

„Wir gehen in die Bundestagswahl mit einem Plan für eine gerechte Zukunft. Wir haben die Ideen für eine funktionierende, solidarische und klimagerechte Gesellschaft. Das sind für uns die Maßstäbe, in eine Regierung einzutreten oder sie zu unterstützen. Wir kämpfen dafür, einen sozial-ökologischen und friedenspolitischen Politikwechsel einzuleiten, statt die CDU weiter an der Macht zu belassen. Der Kampf um neue soziale Mehrheiten in der Gesellschaft und im Bundestag beginnt jetzt. Die LINKE ist bereit. Wir wissen, was wir ändern müssen und wie wir es bezahlen. Wir arbeiten mit allen, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit wollen. Wir machen uns auf den Weg mit allen, die bereit sind, für ein demokratisches Land, für ein gerechtes Land, für ein solidarisches Land zu streiten. Für ein Land für alle. Auf uns kommt es an, auf jeden und jede. Lassen Sie uns gemeinsam das Land verändern.“ (Einleitung zum Wahlprogramm)

Leitlinien des Programmentwurfs

Unter dem Motto „Zeit zu handeln“ werden Leitlinien aufgestellt, die eine Zukunft im Zeichen von „Solidarität und sozialer Sicherheit, von Frieden und Klimagerechtigkeit“ gewährleisten sollen.

Eckpfeiler sind der Kampf gegen Armut und der ökologische Umbau der Wirtschaft, der „linke Green New Deal“

Dem Ausbau des Sozialstaates wird breiter Raum eingeräumt.

von Lenin definiert, als ‚denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus‘ angesehen, von der das Kapital ‚Besitz ergriffen hat‘. Die ‚Hülle‘ wird für das Eigentliche genommen: ‚Gesetze werden durch Parlamentsmehrheiten verändert.‘

Ähnlich verhält es sich dann mit dem ‚Zukunftspfad‘ zu einem ‚sozial-ökologischen‘ Umbruch oder Systemwechsel... Den Pfad gibt es real nicht. Er ist Teil des linken Wunschenkens. Ein solcher ‚Pfad‘ bedarf völlig anderer gesellschaftlicher und machtpolitischer Verhältnisse.

Voraussetzung ist, dass ‚aus der Gesellschaft Druck kommt‘. Ein wunderschönes Konzept! ... Aktuell bestehen nirgendwo in Europa die im Strategiepapier herbeiphantasierten Verhältnisse gesellschaftlichen Drucks.

Niemand in der Bundesrepublik soll künftig unter ein Einkommen von 1.200 Euro fallen. Anstelle von Hartz IV soll ein garantiertes Mindesteinkommen und eine sanktionsfreie Mindestsicherung eingeführt werden. Hinzu kommen eine Mindestrente und eine Kindergrundsicherung.



Der Mindestlohn soll auf 13 Euro angehoben werden. Damit geht die Linke einen Euro über die Forderungen von SPD und Grünen hinaus. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sollen zurückgedrängt werden, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft werden. Die LINKE wirbt für ein neues Normalarbeitsverhältnis von 30 Wochenstunden mit flexibleren Arbeitszeiten.

Eine LINKE, die sich in ‚Regierungsverantwortung‘ einbinden lässt, wird zu solchen Verhältnissen nicht beitragen können. Sie wird vielmehr blockieren. Und, wenn sie tatsächlich im Bund an die Regierung kommen sollte, wird man sie abschieben, wenn sie den Herrschenden im Wege ist.

Die Partei Die LINKE hat sich im Illusionstheater des ‚täuschenden Scheins‘ (Karl Marx) fest eingerichtet. Sie verwechselt permanent die Machtfrage mit der Regierungsfrage. Gepflegt werden die Trugbilder vom ‚linken Lager‘ und der ‚politischen Gestaltung in Regierungsverantwortung‘. Ihre politische Handlungsorientierung folgt damit Wunschvorstellungen, die unweigerlich in die Sackgasse der Anpassung und politischen Zähmung führen.“

Pflegeberufe sollen attraktiver werden. 200.000 Pflegekräfte mehr werden für Krankenhäuser und Pflegeheime gefordert. Eine gesetzliche Personalbemessung wird angestrebt sowie 500 Euro mehr Grundgehalt. Mit attraktiven Arbeitsbedingungen sollen die vielen Ausgebildeten zurückgewonnen werden. Krankenhaus- und Pflegekonzerne müssen von der Börse genommen und zurück in die öffentliche Hand geführt werden.

Im gesamten Bundesgebiet soll ein Mietendeckel nach Berliner Vorbild eingeführt werden. Das Ziel ist, die Explosion der Mieten nicht nur zu bremsen, sondern zu beenden und rückgängig machen. Der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau soll mit zehn Milliarden Euro im Jahr gestärkt werden. Mietwucher-Konzerne wie beispielsweise Vonovia und Deutsche Wohnen sollen vergesellschaftet werden.

Die LINKE will die Wirtschaft bis 2040 klimaneutral machen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein „linker Green New Deal“ propagiert, der die ökologische Frage mit der sozialen verbindet. Mit einem staatlichen Industrie-Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro/Jahr soll der notwendige ökologische Umbau in der Industrie, insbesondere in der Auto-Zuliefererindustrie, unterstützt werden. Von diesem Fonds sollen nur Betriebe profitieren, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.

In einer „Mobilitätsrevolution“ soll der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und stufenweise kostenfrei werden. Dabei wird angestrebt, durch Investitionen von 38 Milliarden Euro jährlich in den öffentlichen Verkehr, für Radwege, Bahn und Stadtbau mindestens 200.000 sinnvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen.

Finanziert werden soll das Umbauprogramm durch Kreditprogramme der Europäischen Zentralbank, eine Abschaffung der Schuldenbremse und durch einen Umbau des Steuersystems. Die Kosten für die gegenwärtige Krise und den notwendigen Transformationsprozess sollen Vermögende und Spitzenverdiener zahlen. Außerdem soll endlich eine Steuerpflicht für Digitalkonzerne eingeführt werden. Hinzu kommt

eine Vermögensteuer, die Einkommen über eine Million Euro mit fünf Prozent belastet.

Die LINKE macht sich für eine „solidarische Einwanderungsgesellschaft“ stark. Kein Mensch ist illegal und Einwanderung soll solidarisch gestaltet werden. An der Seite zahlreicher Bewegungen und antirassistischer Initiativen, wie Seebrücke und Black lives matter, steht die LINKE gemeinsam gegen unsoziale Spaltung und rechte Hetze.

Die Friedenspolitik der LINKEN steht unter der Leitlinie „Für Frieden und Abrüstung“ und einem klaren „Nein zum Krieg“. Als einzige im Bundestag vertretene Partei fordert sie eine deutliche Reduzierung des deutschen Militäretats und lehnt auch weiterhin Rüstungsexporte und bewaffnete Drohnen ab. „Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden“. Die NATO muss, als ein „Relikt des Kalten Krieges“, aufgelöst und „durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“ ersetzt werden, welches die Abrüstung als zentrales Ziel verfolgt.

Soweit zum Entwurf des Wahlprogramms. Er ist auf der Homepage der LINKEN nachzulesen.

Alles in Allem ein respektables Programm mit klaren linkssozialdemokratischen Schwerpunkten, das in die richtige Richtung weist.

Die Diskussion ist eröffnet

Die Frage nach der Regierungsfähigkeit im Bund wird sich aber sicherlich nicht am „Plan für eine gerechte Zukunft und den Ideen für eine funktionierende, solidarische und klimagerechte Gesellschaft“ entscheiden, sondern an den außenpolitischen Positionen der LINKEN. Wie steht sie zur NATO, wie steht es mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr und mit der Aufrüstung der EU?

Bernd Riexinger ist der festen Überzeugung: „Die LINKE ist und bleibt die Friedenspartei im Bundestag“; aber beim Bestreben, die LINKE regierungsfähig zu machen, gibt es Kräfte, die sich vor lauter Anpassung an SPD und Grüne schier überschlagen und dabei bereits im Vorfeld wesentliche Prinzipien der Partei aufgeben und außenpolitische Grundpositionen schleifen; dabei wird nicht

einmal das Alleinstellungsmerkmal als Friedenspartei verschont.

Der Sicherheitspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Matthias Höhn, hat sich Ende Januar für einen Kurswechsel in der Außenpolitik ausgesprochen. So sollen die Bereitschaft zu Blauhelmeinsätzen, zu einer europäischen Armee, zu einem festen Budget für die Bundeswehr und gleichen Standards im Umgang mit allen Staaten – insbesondere Russland – auf die Tagesordnung. Er hat damit eine breite Debatte losgetreten. Sevim Dagdelen hält es für „eine Zumutung, unsere friedenspolitischen Positionen schleifen zu wollen“... „Der Markenkern der LINKEN steht und fällt mit der Friedenspolitik. Gebe man das auf, brächen Dämme, bald auch in der Sozialpolitik“.



Riexinger fühlte sich auf erste Kritiken am Programmwurf hin zu der Aussage genötigt: „Wir sind gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr, und wir werden uns an keiner Regierung beteiligen, die aufrüstet und auf Militarisierung setzt.“

Auch bei der Ausrichtung auf den „linken Green New Deal“ gibt es Diskussionsbedarf. Die grünen Roten, als Konkurrenz für die Grünen? Manche Genoss:innen können dem nicht allzu viel abgewinnen. Im Bereich Klimaschutz hat Die LINKE ihrer Ansicht nach noch zu wenig Glaubwürdigkeit.

Die Mitgliedschaft der LINKEN ist aufgerufen, sich in der weiteren Programmdebatte keinen Sand in die Augen streuen zu lassen, sondern auf die deutliche Benennung linker Grundsätze zu pochen.

Zur Umsetzung der Ziele setzt die LINKE auf den „Kampf um neue soziale Mehrheiten in der Gesellschaft und im Bundestag“ und begibt sich damit ins Land der Träume von einer „linken“ Regierung gemeinsam mit der SPD und den Grünen. In den Augen der Befürworter könnte die LINKE zum ersten Mal in ihrer Geschichte das ganze Land mitregieren. Trotz anderslautender Umfrageergebnisse scheint die „Macht“ im Bund so greifbar wie nie. Auch für die Grünen ist es eine Verlockung, mit Hilfe der Linkspartei erstmals ins Kanzleramt einzuziehen.

Die schlechten Umfragewerte der LINKEN sind laut Kipping auch auf die Unklarheit in der Frage einer möglichen Regierungsbeteiligung zurückzuführen, weil eine hierin „unentschiedene“ Partei insgesamt weniger beachtet werde.

Nach dem Maßstab von Meinungsumfragen in der bundesdeutschen Bevölkerung ist ein solches Bündnis keine Option und ein grün-rosa-rotes Bündnis ist weit von einer Mehrheit entfernt.

Möglich könnte dagegen eine Koalition der Grünen mit der Union sein. Die Grünen haben dazu ihr einstiges Profil bereits abgeschliffen und sind so sehr von dem Wunsch beseelt, wieder an die „Macht“ zu kommen und im Bund mitregieren zu dürfen, dass selbst einer schwarz-grünen Koalition nicht mehr allzu viel im Wege stehen dürfte. Bedenkt man, was bereits eine Schröder-Fischer Regierung aus SPD und Grünen angerichtet hat, so kann einem vor einer schwarz-grünen Koalition nur grausen.

Allerdings sind solche Spekulationen besonders in Corona-Zeiten reines Kaffeesatzlesen. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben Möglichkeiten für andere Regierungsbündnisse eröffnet und gezeigt, wie schnell sich Stimmungen ändern.

Die Linkspartei ist in dieser Frage offensichtlich tief gespalten. In der Partei gab und gibt es sehr unterschiedliche und deutlich gegensätzliche Meinungen zur Fokussierung linker Gesellschaftsstrategie auf Regierungsteilhabe.

Mit der Diskussion in der LINKEN werden wir uns auch in den nächsten Ausgaben beschäftigen.

Tabubruch in der Kuba-Solidarität

Regierungsfähigkeit zu demonstrieren und Hürden zu einem Regierungsbündnis mit SPD und Grünen aus dem Weg zu räumen, das steckt auch hinter einem Parteivorstandsbeschluss vom 23. Januar 2021. Er trägt den Titel „Solidarität mit Kuba“ und war von der „emanzipatorischen Linke“ eingebracht worden, die Arnold Schölzel in der *jungen Welt* als eine „Art Katja-Kipping-Stiftung“ bezeichnete. Der Antrag umfasste fünf Punkte, deren letzterer lautete: „Für die LINKE gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.“ Er wurde von den bürgerlichen Medien hocheifrig aufgenommen und als Richtungswechsel der Partei in ihrer Einstellung gegenüber Kuba gefeiert. Tenor war, die deutsche Linke trifft eine historische Entscheidung und unterstützt Kritiker des kubanischen kommunistischen Regimes; sogar im Neuen Deutschland war von einem „guten Tabubruch“ zu lesen.

Ulla Jelpke hat diesen Beschluss in einem Gastkommentar in der *jungen Welt* zu Recht „Vergiftete Solidarität“ genannt. Wir geben den Kommentar hier wieder:

Vergiftete Solidarität

„Solidarität mit Kuba“ lautet ein Beschluss des Parteivorstandes der Linken vom 23. Januar 2021. Die Linke verurteilt die Verschärfung der US-Sanktionen gegen Kuba und drückt Unterstützung für die Kampagne »Für ein Ende der Blockade gegen Kuba!« aus. Verurteilt werden Versuche, die Regierung Kubas durch Regime-Change-Aktivitäten aus dem Ausland zu stürzen. Doch genau darauf läuft der letzte Absatz des Beschlusses raus. Denn dort heißt es scheinbar harmlos: „Für Die Linke gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.“

Irritierend ist die Arroganz, mit der der kubanischen Gesellschaft hier unterstellt wird, nicht demokratisch zu sein. *Erinnert sei an die breite gesellschaftliche Debatte über eine neue, im Februar 2019 in einem Referendum mit 86,8 Prozent der Stimmen angenommene kubanische Verfassung, zu der die Bevölkerung mit*



fast 800.000 Vorschlägen beitrug, aus denen sich schließlich 760 Änderungen des ursprünglichen Dokuments ergaben. Dass diese Verfassung, in der Menschenrechte und der sozialistische Rechtsstaat verankert sind, mit Leben gefüllt werden muss, dass es bürokratische Hemmnisse und Fehlentwicklungen gibt, dass die sozialistische Demokratie ausgebaut werden muss, dafür brauchen die Kubaner keine Nachhilfe aus Europa. Denn das lässt sich jeden Tag in der Tageszeitung der kubanischen Kommunistischen Partei, der *Granma*, nachlesen.

Ein Kommentar in der Tageszeitung ND unter der bezeichnenden Überschrift „Ein guter Tabubruch“ macht klar, wer die „kritischen Künstler“ sind, mit denen der Linke-Vorstand den Dialog einfordert. Es geht um die von der abgewählten Trump-Regierung und dem venezolanischen Putschisten Juan Guaidó unterstützte San-Isidro-Bewegung (MSI), deren Anhänger zum Teil in sozialen Netzwerken die US-Regierung offen zu einer Invasion Kubas aufgerufen haben.

Als „kritischer Künstler“ gilt offenbar auch ein vom ND als „oppositioneller Rapper“ bezeichneter Trump-Anhänger namens Denis Solís. Ob dessen Inhaftierung auf Kuba rechtsstaatlich und taktisch klug ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Dass ein Dialog mit einem rabiaten Antikommunisten, der laut den kubanischen Behörden Kontakte zu terroristischen Gruppen in den USA unterhalten soll, für die kommunistische Regierung wenig Sinn macht, ist dagegen offensichtlich. Die kubanische Regierung ist um den Dialog mit kritischen Künstlern bemüht

und hat diesen bereits im November mit protestierenden Kulturschaffenden begonnen. Doch dessen Fortsetzung zwei Monate später wurde durch Provokateure unter anderem aus der San-Isidro-Bewegung mit Störaktionen vereitelt, die auf medienwirksame Bilder für das Ausland abzielten.

Der Linke-Beschluss zur Solidarität mit Kuba erweist sich als Trojanisches Pferd des Antikommunismus. Denn es ist nicht möglich, gleichzeitig solidarisch zu sein mit dem sozialistischen Kuba und mit denjenigen, die einer US-Invasion das Wort reden. Dass nicht allen Vorstandsmitgliedern die Hintergründe bewusst waren, ist anzunehmen. Doch auch der Vorwurf, dass es einigen weniger um Solidarität mit Kuba ging als darum, gegenüber der olivgrünen Regime-Change-Partei und der SPD Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, steht im Raum. Um diesen Verdacht einer vergifteten Solidarität zu entkräften, sollte es jetzt für die Partei Die Linke höchste Zeit sein, mit ganzer Kraft für ein Ende der Blockade gegen Kuba einzutreten.

Ulla Jelpke, jW vom 4. Februar 2021

Es hagelte Kritik. Die AG Cuba sí geißelte das Vorgehen als eine Abkehr von „der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba“ und der Parteivorstand sah sich am 14. Februar zu einer Richtigstellung und folgendem Zusatzbeschluss gezwungen: „Der Parteivorstand weist die Interpretation einer Neuausrichtung der Kuba-Politik der Partei DIE LINKE, die aufgrund des Beschlusses vom 23. Januar 2021 stattgefunden haben soll, entschieden zurück. Im Beschluss hat es keine Unterstützung der sog. San-Isidro-Bewegung, wie in einigen Medien kolportiert, gegeben. DIE LINKE unterstützt den mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 2019 ausgelösten breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zur weiteren demokratischen Entwicklung Kubas im Rahmen seines sozialistischen Gesellschaftssystems. DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution.“

Das zeigt, dass innerhalb DER LINKEN noch nicht alle Grundsätze geschleift und der Regierungsfähigkeit geopfert wurden; ein Zeichen der Hoffnung!

Die christliche Rechte im Aufwind



Was macht ein bayerischer Ministerpräsident, wenn er merkt, dass die Lage brenzlich wird und er mit seiner Regierung angesichts der entstandenen Probleme ziemlich nackt dasteht? Man wird's kaum glauben, er wird fromm. So geschehen im April letzten Jahres. Die Pandemie hat auch Bayern fest im Griff. Man hat's versemmelt. Kaum Masken, zu wenig Schutzkleidung. Das Virus kann sich weitgehend ungehemmt ausbreiten. Die hektischen Maßnahmen halten es nicht auf. In dieser Situation kann nur noch Hilfe von ganz oben kommen. Schnell wird ein Bitt-Event organisiert. Nach den Plänen der Organisatoren soll es die größte Gebetsaktion werden, die Deutschland je gesehen hat. Als Schirmherr stellt sich kein geringerer als der bayerische Ministerpräsident Markus Söder zur Verfügung. Eine ungewohnte Rolle für einen, der sich bisher als „harter Hund“ gefiel. Der fromme Söder, Wolf im Schafspelz? Söder sieht das anders: *„Gemeinsam zu beten, verbindet über die Konfessionen, über die Religionen hinweg. Das Unterhaken im Glauben, das Bekenntnis zu den Werten des Glaubens, zu der Menschlichkeit, aber auch zur Göttlichkeit, ist das, was uns alle verbindet...“* und dann wird er noch persönlich: *„Ich bete jeden Tag. Ich bete eigentlich immer.“* Kein Wunder, dass es für ihn mit diesem Bekenntnis im Ranking der Kanzlerkandidaten schnell aufwärts ging. An der Aktion „Deutschland betet gemeinsam“ sollen sich laut Veranstalter über eine halbe Million Menschen beteiligt haben. Der Unterstützerkreis umfasste

viele, die man in diesem Land kennt. Die Bundesministerin Julia Klöckner, Abgeordnete fast aller Parteien, Bischöfe, Prominente aus dem Showgeschäft bis zu Samuel Rösch, Sänger, Gewinner von „The Voice of Germany“. *„Ich kenne keine Parteien mehr...“* – 1914 lässt grüßen. Linke mögen derartige Vorgänge belächeln. Es lohnt sich aber, genauer hinzuschauen. Während einerseits Parteien, Gewerkschaften und Großkirchen seit Jahrzehnten an Bindungskraft einbüßen, entwickelt sich eine Bewegung mit neuer, erheblicher Anziehung. Sie ist konservativ bis reaktionär und in Teilen nach ganz rechts offen. Schlaudere Teile dieser Bewegung geben sich nach außen unpolitisch, nur religiös. Wer die organisierenden Personen aber genauer unter die Lupe nimmt, wird sofort Zusammenhänge erkennen, die weit über das Religiöse hinausreichen.

Hartls „Unternehmen“ in Augsburg

Herausragendes Zentrum der neuen Bewegung ist das Gebetshaus Augsburg mit seinem Leiter (Leader) Dr. Johannes Hartl, der auch die Aktion „Deutschland betet gemeinsam“ ins Leben gerufen und organisatorisch umgesetzt hat. Er ist ein katholischer Lientheologe, der u.a. in den USA bei den Evangelikalen das/sein Rüstzeug erworben hat. Hartls Augsburger „Unternehmen“ beschäftigt etwa 50 Hauptamtliche und 100 Ehrenamtliche. Die Hauptamtlichen werden zumeist über Spenden finanziert. Seine „Mitarbeiter“ bezeichnen sich als Jünger. Einer von ihnen, Simon G., ein sog. Gebetsleiter, stellt sich wie folgt vor: *„Ich liebe es Reich Gottes und unternehmerisches Denken zu vereinen...“*. Seit 2011 wird ununterbrochen 24 Stunden gebetet (*„We pray day and night.“*). Höhepunkte sind seit Jahren die sog. ökumenischen MEHR-Konferenzen unter seiner Anleitung, zuletzt im Januar 2020 in der Messe Augsburg mit 12000 Teilnehmenden, vorwiegend Jugendli-

che. Worin besteht das Erfolgsmodell von Hartl? Um es kurz zusammenzufassen: Er weiß, wie man Massen mit Sprache und Gefühlen fesseln und lenken kann. Dabei vermeidet er es, zu konkret zu werden. *„Gott ist gut“* und *„Gott“* bzw. *„Jesus ist der Herr“* sind zwei Standardformulierungen in seinen Vorträgen. Er vermeidet Aussagen, die im konservativen christlichen Spektrum umstritten sind und spaltend wirken könnten. Als Charismatiker zielt er ab auf eine konfessionsübergreifende Strömung, die als Gegenbewegung zur Aufklärung entstanden ist und sich wertkonservativ definiert. Da wird nicht über unterschiedliche Standpunkte diskutiert. Auch die Arbeitswelt wird ausgeklammert. Wer ununterbrochen dabei ist, Jesus mit Lobpreis für sich einzunehmen, ist ausreichend beschäftigt. Neben seiner Tätigkeit in Augsburg ist Hartl noch Dozent für Neuevangelisierung und Mitglied des Instituts für Spirituelle Theologie und Religionswissenschaft an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Heiligenkreuz. Dort tritt er häufig auf. Bei einer Tagung im Januar dieses Jahres referierte er zum Thema: *„Brennen, um für Jesus zu entzünden. Praxistipps für Brandstifter.“* Trotz der Wortwahl kein Grund für den Staatsschutz, aktiv zu werden. Man weiß, wie es bei Hartl und Co. gemeint ist.



Johannes Hartl auf der MEHR-Konferenz im Januar 2020

Ein Zisterzienserstift als Zentrum



Wer immer sich mit dem katholischen Fundamentalismus beschäftigt, stößt sehr schnell auf das Stift Heiligenkreuz. Ein Stift ist ein Kloster. Heiligenkreuz liegt 15 km westlich von Wien, inmitten des herrlichen Wienerwalds. Im Unterschied zu anderen katholischen Klöstern, die vorwiegend mit Zusammenlegung und Auflösung beschäftigt sind, haben die Zisterzienser in diesem Stift diese Probleme nicht. Mit etwa 90 Mönchen und einem ziemlich günstigen Altersdurchschnitt sind sie gut aufgestellt. Es lohnt sich, einen genaueren Blick auf Heiligenkreuz zu werfen, weil hier viele Fäden zusammenlaufen. So werden freiwerdende Bischofsstühle in Österreich gern mit Personen besetzt, die einen engen Bezug zu Heiligenkreuz haben. Hier ist eine Philosophisch-Theologische Hochschule angesiedelt, die nicht zufällig den Beinamen Benedikt XVI. trägt. Sie ist stolz darauf, die größte Priesterausbildungsstätte im deutschen Sprachraum zu sein. Die aktuell 323 Studierenden kommen zu jeweils einem Drittel aus Österreich, aus Deutschland und das letzte Drittel aus vielen Ländern der Welt. Nur 58 davon sind Frauen. Das Stift kann sich sehen lassen. Es besteht aus einem beeindruckenden Gebäudekomplex, dessen Finanzierung nicht ohne erhebliche Geldzuflüsse möglich wäre. Heiligenkreuz hat einflussreiche Freunde und natürlich auch Freundinnen, die sich sehr großzügig zeigen. Nehmen wir nur seine Durchlaucht Hans-Adam II. Fürst von und zu Liechtenstein, Herzog von Troppau und Jägerndorf, Graf zu Rietberg, Regierer des Hauses von und zu Liechtenstein und seine Gemahlin Marie. Beide sind Ehrensenatoren der Hochschule. Sie verfügen über Wald- und Schlossbesitz auch in

der Umgebung. Das Stift hatte bis vor wenigen Jahren einen Abt, der über beste Verbindungen verfügt, einen Henckel von Donnersmarck. Die Adelsfamilie Henckel von Donnersmarck war durch Handel und Bergbau in Oberschlesien zu großem Reichtum gekommen. Vor seinem Klostereintritt war Ulrich Maria Karl Graf Henckel von Donnersmarck als Diplomkaufmann Geschäftsführer der Speditionsfirma Schenker & Co. in Barcelona. In einer Kontroverse mit der Theologischen Fakultät der Universität Wien, grenzte er die Tendenz seiner Hochschule als „knieende Theologie“ ab. Was die Lage Europas anbelangt, sieht er sie pessimistisch: „Der Europäer hat sich durch Verhütung, Abtreibung, Ehescheidung, Gleichberechtigung anderer sexueller Lebensformen tatsächlich in einen Suizid gestürzt.“ Was will man da noch sagen? Äußerungen dieser Qualität, für die der gebürtige Graf bekannt ist, machen ihn auch nach seiner Demissionierung zu einem begehrten Referenten bei hochkarätigen Anlässen. Heiligenkreuz sieht sich nicht nur als eine Institution, die sich mit religiösen Fragen beschäftigt. Hier werden gesellschaftspolitische Entwicklungen beobachtet, analysiert und konkrete Handlungsmuster entwickelt. Die Dozenten an der Hochschule prägen den Geist von Heiligenkreuz. So zum Beispiel, die in extrem konservativen Kreisen hochgeschätzte Professorin Gerl-Falkovitz, über die in der Online-Ausgabe der katholischen Wochenzeitung Tagespost zu lesen war: „Unermüdlich schreibend und vortragend ist Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz wie ein Leuchtfener im Nebel der postmodernen Landschaft.“ Seit 2011 leitet die Philosophin an der „Philosophisch-Theologischen Hochschule Benedikt XVI. Heiligenkreuz“ das „Europäische Institut für Philosophie und Religion“ (EUPHRat). Frau Gerl-Falkovitz ist die Schwiegertochter des ehemaligen Familienministers im Kabinett Adenauer, Franz-Josef Wurmeling, der sein Ministerium bei Amtsantritt 1953 zur Abwehrinstanz gegen die Gleichberechtigung der Frau erklärt hatte. Als bekennende Antifeministin, lehnt Frau Professor nicht nur Schwangerschaftsabbrüche, sondern auch Verhütung ab, bezeich-

net nicht-heterosexuelle Beziehungen als Unzucht und vertritt ihre kruden Vorstellungen bei einschlägigen Veranstaltungen, die nach ganz rechts offen sind. Welches Welt- und Gesellschaftsbild die Studierenden von Heiligenkreuz vermittelt bekommen, kann man sich lebhaft vorstellen. Frau Gerl-Falkovitz trat im Februar 2016 in Stuttgart bei der DEMO FÜR ALLE (DFA) auf. Organisatorin dieser DFA ist die umtriebige Magdeburgerin Hedwig Freifrau von Beverfoerde. Sie kommt aus dem politischen Umfeld der Familie von Storch und betreibt das Projekt DFA offiziell eigenständig: „Weder die Partei AfD noch Beatrix von Storch“ seien „an der Organisation von DEMO FÜR ALLE beteiligt.“ Österreich war auf der Kundgebung nicht nur mit Gerl-Falkovitz



vertreten, auch der Weihbischof Andreas Laun aus der Erzdiözese Salzburg – er gilt als deutschnational – ordnete die „Genderverschwörung“ als gesamteuropäisches Problem ein. Die Professorin und der Weihbischof trafen in Stuttgart auf einen Bruder im Geiste: Raphael Bonelli, ein österreichischer Psychotherapeut. Der vierfache Vater, verheiratet mit Victoria Fender (jetzt Bonelli), die bei kath.net, einer rechtskatholischen Online-Plattform beschäftigt war, ist in fundamentalistischen Kirchenkreisen gut vernetzt. 2009 organisierte er in Heiligenkreuz eine Tagung zu „Liturgie und Psyche“.

Hochadel, Regierung und viel Geld

Raphael Bonelli hat durch verwandtschaftliche Beziehungen auch einen guten Draht zur österreichischen Regierung, genauer gesagt zu Bernhard Bonelli, Kabinettschef

bei Bundeskanzler Sebastian Kurz. Die Frau von Bernhard Bonelli, der vor seiner Heirat Adamec hieß, ist die Cousine von Raphael Bonelli. Er soll mit dem Opus Dei und den Legionären Christi (Regnum Christi) in Verbindung stehen. Bernhard Bonelli zählt zum Team Kurz, also zum innersten Zirkel der österreichischen Regierungspartei ÖVP. Über dieses Team schreibt der Journalist und Verfasser des Buches „*Inside Türkei*“, Klaus Knittelfelder: „*Vor allem die inhaltlich relevanten Player haben teilweise erzkonservative Denksätze und sind der katholischen Kirche sehr stark zugeneigt.*“ Zu diesen relevanten Playern gehört Bernhard Bonelli, Absolvent eines Philosophie- und Business-Administration-Studiums, der vor seiner Tätigkeit für Kurz bei der Boston Consulting Group beschäftigt war. Der überzeugte Neoliberaler betreut auch das vom Wiener Kardinal Schönborn mitbegründete International Catholic Legislators Network (ICLN), das sich zur Aufgabe setzt, christlich engagierte Politiker international zu vernetzen. Ein weiterer Player im Team Kurz ist der 1986 geborene Markus Gstöttner, Ex-Unternehmensberater, wirtschaftsliberal und auch er streng katholisch. Er ist stellvertretender Kabinettschef. Bleiben wir kurz bei der österreichischen Politik. Auch im Alpenland gibt's inzwischen eine Initiative, die als „*Österreich betet gemeinsam*“ auftritt und von Johannes Hartl unterstützt wird. Eine andere Unterstützerin ist Gudrun Kugler, Theologin und Juristin, außerdem Nationalratsabgeordnete der ÖVP. Dass sie aktive Schützerin des ungeborenen Lebens ist und alles vertritt, was in diesen Kreisen vertreten wird, versteht sich von selbst. Bekannt wurde Frau Kugler als Initiatorin der ersten katholischen Heiratsplattform kathTreff. Wie kommen katholische Singles korrekt zusammen? KathTreff bietet zwei Möglichkeiten: Eine sechstägige Singlewallfahrt nach Medjugorje mit Lobpreis und täglicher heiliger Messe in deutscher Sprache. Oder für Katholiken, die eher Italien affin sind: Eine Single-Wallfahrt zum Hl. Antonius nach Padua. Verheiratet ist die Chefin mit dem Historiker Martin Kugler, mit dem sie vier Kinder hat. Kinderreichtum ist ein Markenzeichen dieser Bewegungen. Zusammen

mit seiner Frau leitet Martin Kugler die Kairos Consulting, ein Firmengeflecht, das sich über mehrere Länder erstreckt. Sie berät und unterstützt z.B. die Päpstliche Hochschule Heiligenkreuz in der Öffentlichkeitsarbeit und im Fundraising. Martin Kugler war früher Pressereferent von OPUS DEI. Als im Herbst 2020 die Pandemieentwicklung in Österreich bedenkliche Ausmaße annahm und sich in Regierungskreisen eine gewisse Hilf- und Ratlosigkeit breitmachte, luden der Parlamentspräsident Sobotka



Als Trump noch kurz nach seiner Wahl obenauf war, hatte er einen österreichischen Fan, Bernhard Bonelli

(ÖVP) und die Bundesratspräsidentin Eder-Gitschthaler (ÖVP) zu einer „*adventliche(n) Gebetsfeier*“, moderiert von Gudrun Kugler. Es wurde nicht nur gebetet, sondern auch referiert. Einer der beiden Referenten war Georg Mayr-Melnhof, Jugendleiter der Erzdiözese Salzburg und Gründer der sog. Loretto-Gemeinschaft. Apropos Mayr-Melnhof. Dieser fromme Mann kommt aus nicht gerade ärmlichen Verhältnissen. Sein Vater war verheiratet mit einer Gräfin von Orsini-Rosenberg. Im Besitz der Familie sind 7000 ha Grund und Boden in Salzburg und Oberösterreich, dazu die Schlösser Glanegg und Kogl, Anteile an der Mayr-Melnhof Karton AG und an einer Wohnungsgesellschaft. Da hatten die alten Mayr-Melnhofs einiges zu vererben. Georg, das vierte von den zehn Kindern, sollte die geistliche Laufbahn einschlagen, was aber dann doch nicht zustande kam. Heute ist er Jugendleiter der Erzdiözese Salzburg und Gründer sowie führender Kopf der Loretto-Gemeinschaft. Diese Organisation, die sich charismatisch verortet, hat ihr geistliches Zentrum im bereits

erwähnten Medjugorje, einem Dorf in Bosnien-Herzegowina, wo seit 1981 regelmäßig Marienerscheinungen stattfinden sollen. Seither entwickelte sich ein Tourismus, der dem Dorf und sonstigen Beteiligten durch inzwischen jährlich bis zu einer Million Wallfahrern aus ganz Europa nicht zum Schaden gereicht. Eng vernetzt ist Georg Mayr-Melnhof mit der Home Base Salzburg, einem Gebetshaus, das große Ähnlichkeiten mit dem Augsburger Gebetshaus des Johannes Hartl aufweist. Allerdings stehen die Salzburger auf noch solideren materiellen Füßen. Chef dieses Hauses ist nämlich der Unternehmer Patrick Knittelfelder. Zusammen mit einem Compagnon betreibt er die Firma „*Network Touristik Management GmbH*“ unter dem Motto: „*Lass uns die Feste des Lebens feiern. Mehr Champagner braucht das Land!*“ Sie betreiben mit 150 Angestellten Hotels und Resorts, Gasthäuser und Cafés. Insgesamt sollen es 15 Einzelunternehmen sein. In der Home Base Salzburg leben mit der Familie Knittelfelder 40 Jünger bzw. Jüngerinnen. Man mag sich fragen, wovon die alle leben. Vielleicht von den Einkünften Knittelfelders? Sicher nicht. Das Modell ist einfach. Auf der Website suche ich mir, sofern ich Bedarf habe, einen Jünger oder eine Jüngerin meiner Wahl aus und überweise monatlich für die ausgewählte Person einen Betrag ab 50 € aufwärts. Diese Person kann ich auch besuchen, sofern das Leitungsgremium zustimmt. Liebchaften werden nicht geduldet. Was läuft sonst noch so? Jährlich wird von Loretto in Salzburg zu Pfingsten ein Jugendfestival organisiert, an dem zuletzt mehr als 8000 Jugendliche teilnahmen. Außerdem expandiert das Konzept Home Base nach Passau. Dort residiert der katholische Bischof Stefan Oster, ehemaliger Moderator des Regensburger Senders Radio Charivari. Oster ist neben dem Regensburger Bischof Voderholzer ein großer Freund der bisher erwähnten Bewegungen und fördert sie, wo immer ihm das möglich ist. Er hat auch den in anderen katholischen Diözesen unerwünschten mexikanischen Orden der Legionäre Christi bei sich aufgenommen. Marcial Maciel, der Gründer der Legionäre, musste vom Vatikan wegen diverser sexueller Verfehlungen (es waren nicht wenige)

aus dem Verkehr gezogen werden. Ein sicherlich schmerzlicher Akt, da er als militanter Antikommunist dem inzwischen heilig gesprochenen polnischen Papst Johannes Paul II. sehr ans Herz gewachsen war. Ein weiterer Ableger der Salzburger Home Base soll gerade in der Steiermark entstehen, wo auf Schloss Kindberg der blaublütige Loretto-Aktivist Eugen „Schani“ Waldstein (acht Kinder) einen Gebetskreis betreibt. Hauptberuflich war der Jurist Pressesprecher von Missio-Österreich („Wir helfen unseren Brüdern und Schwestern in den ärmsten Ländern durch Gebet und Spende.“) Und wer ist Chef von Missio Österreich? Pater Karl Wallner, vormals Rektor der Hochschule in Heiligenkreuz. Wallner ist omnipräsent. Wenn Heiligenkreuz das geistliche Zentrum der neuen Bewegung ist, dann ist Wallner das personifizierte Zentrum.

Es würde den Rahmen des Artikels sprengen, auf die Aktivitäten des umtriebigen Mönchs weiter einzugehen.

Laschets „Schatten“

Bleiben wir noch kurz bei Heiligenkreuz. Hier befindet sich ein modernes Filmstudio. Die Leitung von Redaktion und Projektmanagement liegt in der Hand von Elisabeth Dozy, die auch im Sprecherteam von Initiative Pontifex ist. Diese Organisation hieß bis 2013 Generation Benedikt (!) und wurde mitgegründet von Nathanael Liminski. Muss man sich diesen Namen merken? Ja. Denn Liminski (35) ist als Staatssekretär Leiter der NRW-Staatskanzlei und könnte für den Fall, dass Armin Laschet Bundeskanzler wird, als Laschets „Schatten“ Kanzleramtsminister in Berlin werden. Nathanael Liminski, ist Mitglied des OPUS DEI und war früher Redenschreiber für Roland Koch in der Hessischen Staatskanzlei. Sein Vater, der Journalist Jürgen Liminski (10 Kinder), schreibt in konservativen katholischen Zeitungen, aber auch regelmäßig in der Junge Freiheit. 2008 hielt er die Laudatio auf Ellen Kositzka anlässlich der Verleihung des Gerhard-Löwenthal-Preises. Ellen

Kositzka ist die Lebensgefährtin des „gläubigen Katholiken“ Götz Kubitschek, der in der New York Times 2017 als „The Prophet of Germany's New Right“ bezeichnet wurde. So steht vieles mit vielem in Verbindung. Damit soll nicht alles in einen Topf geworfen werden. Viele Anhänger konservativer religiöser Gruppierungen würden sich vehement dagegen verwahren, als rechts bezeichnet zu



Armin Laschet und Nathanael Liminski

werden. Es gibt aber – wie wir gesehen haben – nicht wenige inhaltliche und personelle Überschneidungen. In den USA soll es inzwischen etwa 300.000 Religionsgemeinschaften geben und deren gesellschaftliche und politische Bedeutung nimmt zu. Ohne sie hätte Trump 2016 die Wahl nicht gewonnen. Ohne die massive Unterstützung durch neue religiöse Massenbewegungen hätte in Brasilien Bolsonaro nicht Präsident werden können. 1982 war es zwischen dem US-Präsidenten und dem polnischen Papst zu einer „Heiligen Allianz“ gegen den Kommunismus gekommen. Bei der Gelegenheit wurde auch die in Lateinamerika aufkeimende Theologie der Befreiung ins Visier genommen und weitgehend beseitigt. Mag auch der gegenwärtige Papst in Rom gelegentlich harsche Worte gegen die Auswirkungen des Kapitalismus von sich geben („Diese Wirtschaft tötet“), stehen die Großkirchen und sonstige religiöse Gruppierungen fest auf dem Boden des Dogmas von der Untastbarkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln. Eugen Drewermann, einer der klügsten Köpfe in der katholischen Kirche, entwickelte sich vom kritischen Theologen zum Kapitalismuskritiker („Wie der Kapitalismus uns ruiniert“) und wurde aus

seiner Kirche verdrängt. Schließen möchte ich mit Karl Kautsky, der in seiner 1908 erschienenen Schrift „Der Ursprung des Christentums“ das historische Grunddilemma treffend benennt: „Wir haben gesehen, dass das Christentum erst zum Siege gelangte, als es sich in das gerade Gegenteil seines ursprünglichen Wesens verwandelt hatte; dass im Christentum nicht das Proletariat zum Siege gelangte, sondern der es ausbeutende und beherrschende Klerus; dass das Christentum siegte nicht als umstürzlerische, sondern als konservative Macht, als neue Stütze der Unterdrückung und Ausbeutung, dass es die kaiserliche Macht, die Sklaverei, die Besitzlosigkeit der Massen und die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen nicht nur nicht beseitigte, sondern befestigte. Die Organisation des Christentums, die Kirche, siegte dadurch, dass sie ihre ursprünglichen Ziele preisgab und deren Gegenteil verfocht.“ Die herrschenden Klassen haben sich das Christentum einverleibt und daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert.

hd Stand: 26. 2. 2021

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Arbeitsminister Heil hat der Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, dessen zentraler Punkt der Schutz von Betriebsräten sein soll. Mit dem Entwurf kommt er den Forderungen der Gewerkschaften entgegen, gegen kriminelle Aktivitäten von Seiten mancher Unternehmer aktiv zu werden. Schon seit Jahren ist feststellbar, dass Unternehmer Betriebsratswahlen mit den fiesesten Mitteln, wie Abmahnungen, Mobbing und Kündigungen, zu verhindern suchen und oder bestehende Gremien, oft auch mit externen „Spezialisten“, Union Buster genannt, zu zerschlagen versuchen.

Die Folge dieser Unternehmerpolitik ist, dass heute in Westdeutschland nur noch 41 Prozent der abhängig Beschäftigten von einem Betriebsrat vertreten werden und im Osten 36 Prozent. Im Jahre 1996 lagen die Zahlen im Westen noch bei 50 Prozent und in Ostdeutschland bei 40 Prozent. Natürlich ist der Rückgang von Betriebsratsgremien nicht alleine den kriminellen Praktiken einzelner Unternehmer geschuldet, sondern auch dem mangelnden Bewusstsein der Beschäftigten über ihre Rolle im Betrieb und der Gesellschaft, sprich dem fehlenden Klassenbewusstsein. Sie sehen zum Teil die Notwendigkeit der Gründung eines Betriebsrates nicht. Doch handelt es sich hier sicherlich um eine Minderheit der abhängig Beschäftigten.

Unabhängig davon aber ist festzustellen, dass 15,6 Prozent der erstmaligen Betriebsratsgründungen von den Unternehmern behindert werden. Dabei ist die Behinderung einer Betriebsratswahl ein Straftatbestand, der nach §119 des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr geahndet werden kann. Allerdings ist diese Behinderung kein Officialdelikt, das heißt, die Staatsanwaltschaft muss nicht von sich aus bei Verstößen gegen das Gesetz aktiv werden. Und so ist auch kein Fall bekannt, wo eine Person aus dem Unternehmerlager im Knast landet oder gelandet ist.

Der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Heil sieht im Wesentlichen vor, das sogenannte „Vereinfachte Wahlverfahren“ auszuweiten. Das vereinfachte Verfahren wird bereits heute in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten angewandt. Mit ihm sollen KollegInnen, welche die Initiative zur Gründung eines Betriebsrats ergriffen haben, besser geschützt werden. Bislang gibt es diesen Schutz erst mit dem Einsetzen des Wahlvorstandes. Mit dem neuen Gesetz sollen bereits Aktivisten geschützt werden, die eine Betriebsratswahl vorbereiten.

Das vereinfachte Wahlverfahren kann schneller durchgeführt werden, da hier die Fristen wesentlich kürzer sind als im normalen Wahlverfahren. Letzteres erstreckt sich über mindestens sechs Wochen, das vereinfachte Wahlverfahren kann dagegen inner-

halb von zwei Wochen abgeschlossen werden. Und das ist wohl auch der Hintergrund für die Ausweitung des vereinfachten Wahlverfahrens. Aggressive Unternehmer und die von ihnen beauftragte Union Busting-Kanzleien haben weniger Zeit, ihr schmutziges Geschäft zu betreiben.

Neben der Vereinfachung von Betriebsratsgründungen sieht der Heil'sche Gesetzentwurf noch weitere Veränderungen des BVG vor. So soll bei Maßnahmen zur Berufsbildung die Mitbestimmung der Betriebsräte gestärkt werden. Dasselbe gilt für IT-Themen. Hier soll die Hinzuziehung von Sachverständigen erleichtert werden und schließlich sollen bei mobiler Arbeit (Homeoffice) die Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht erhalten.

Ob der Gesetzentwurf tatsächlich zum Gesetz wird, ist noch fraglich. In der CDU gibt es vor allem von Seiten des Wirtschaftsflügels Widerstand gegen den Entwurf.

In der IG Metall-Mitgliederzeitung vom Februar ist man der Meinung, dass der Gesetzentwurf in die richtige Richtung ginge, aber nicht weit genug. Nach Auffassung der Gewerkschaft hat sich die Arbeitswelt so stark verändert, dass die Mitbestimmung eine „Runderneuerung“ benötige.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist alles andere als ein großer Wurf. In der betrieblichen Praxis der Betriebsräte wird sich kaum etwas ändern. Auch

wird die Schwächung der Betriebsräte und damit auch der Gewerkschaften durch ein solches Gesetz kaum aufgehoben. Es ist in der Tat so, dass die Digitalisierung die Arbeitswelt drastisch verändert und die Betriebsräte deshalb zusätzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten brauchen.

Die Rolle des Betriebsrats

Es war im Jahr 1972, als das BVG das letzte Mal novelliert wurde. Es war damals ein großer Fortschritt gegenüber dem BVG von 1952. In diesem waren die Rechte der Betriebsräte sehr beschränkt. Auch wurden den Gewerkschaften kaum Rechte eingeräumt. Selbst das Zutrittsrecht zum Betrieb wurde in Frage gestellt. Es war die sozialliberale Koalition, die den „sozialen Rechtsstaat“ realisieren wollte. Dazu sollte das unübersichtlich gewordene Arbeitsrecht in einem Arbeitsgesetzbuch zusammengefasst werden. Übrig blieb dann von den großen Plänen das Betriebsverfassungsgesetz 1972, mit erweiterten Mitbestimmungsrechten bei sozialen Angelegenheiten, Personalangelegenheiten und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Auch wurden die Betriebsräte jetzt beteiligt bei Kündigungen.

Trotz gewisser Rechte des Betriebsrats ist das Gesetz weit entfernt davon, den Betriebsrat zu einem gleichberechtigten Partner einer Geschäftsführung zu machen. Denn in den wirklich wichtigen wirtschaftlichen Fragen hat der Betriebsrat nichts mitzubestimmen. Von der viel beschworenen Demokratie in der Wirtschaft kann also keine Rede sein. Die Aufgabe des Betriebsrats ist in §2 des Gesetzes festgelegt. Dort steht:

„Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes zusammen.“

Der Betriebsrat ist also gesetzlich verpflichtet, mit der Kapitaleseite zusammenzuarbeiten, obwohl er in wirtschaftlichen Angelegenheiten nichts zu sagen und nichts zu entscheiden hat. Hier werden die tatsächlichen Machtverhältnisse in den Betrieben und der Gesellschaft vernebelt. Und das nicht ohne Erfolg. Das zeigt die Politik nicht weniger Betriebsratsgre-

mien. Dort verstehen sich Betriebsräte als Co-Manager zu der jeweiligen Geschäftsführung und handeln im Zweifel immer pro Unternehmen.

Doch so muss es nicht sein. Das Gesetz kann auch für konsequente Betriebsräte, die sich am Interessen- oder Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit orientieren, ein wichtiges Werkzeug sein. In jedem Betrieb entstehen täglich aufgrund der Machtverhältnisse Konflikte. Hier bieten sich für Betriebsräte Möglichkeiten, mit Hilfe ihrer Rechte aus dem Gesetz einzugreifen und die Konflikte an die Betriebsöffentlichkeit zu bringen. Nach dem BVG sind z.B. bis zu sechs Betriebsversammlungen möglich, in der Betriebsräte auf eine Belegschaft einwirken und diese agitieren können. In den Betrieben, in denen ein konfliktbereiter, konsequenter Betriebsrat vorhanden ist, wird der „Herr im Hause“-Standpunkt einer Geschäftsführung kleiner und die Vorgesetzten nehmen sich weniger Unverschämtheiten gegenüber einzelnen KollegInnen heraus. Das bleibt nicht ohne Konsequenzen. Eine solche Belegschaft wird selbstbewusster und kämpferischer.

Doch von alleine kommt eine solche Entwicklung kaum zustande. Den Anstoß dazu muss die entsprechende Gewerkschaft geben. So wurde zum Beispiel in den 70er und 80er Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts die Bildungs- und Schulungsarbeit der IG Metall darauf ausgerichtet. In Lehrgängen für Vertrauensleute und Betriebsräte stand der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit im Zentrum. Die Bildungsarbeit in der Form gehört heute der Vergangenheit an, wie insgesamt die politische Bildungsarbeit rückläufig ist. Doch gerade die anlaufende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie und der Stellenabbau in vielen Betrieben zeigen, dass die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit weiter wachsen und in der Folge die Sozialpartnerschaft in den Betrieben beschädigt wird. Der Widerstand gegen diese Politik des Kapitals wird immer drängender. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Betriebspolitik der Gewerkschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute dieser Situation anzupassen.

Ob das geschieht, bleibt abzuwarten.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 210 Winter 2020/2021, 36 S.

- Die USA nach der Abwahl Trumps
- Tarifrunde IG Metall
- Home-Office: Was tun?
- Tarifrunde IG Metall ...und noch eine Baustelle
- Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
- Tarifabschluss bei der Post
- „Der Westen“ und China: Der nächste Weltkonflikt?
- Bolivien – ein Wahlsieg oder mehr?

Nr. 209 Herbst 2020, 32 S.

- Ökologie, Degrowth und Marxismus
- Rüstungsausgaben weltweit auf Höhepunkt
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil IV
- Homeoffice – Weichen werden gestellt
- Rezensionen:
Imperiale Lebensweise
Faschismustheorien

Nr. 208 Sommer 2020, 28 S.

- Die Krise und ihre Folgen
- Degrowth, eine neue Bewegung?
- Ein Volk im Hausarrest
- Gedanken eines alten Genossen während der Pandemie
- Gesundheit ist keine Ware
- Homeoffice, ein Zaubermittel?
- ...

Nr. 207 Frühjahr 2020, 28 S.

- Fairer Wandel in der Metallindustrie?
- Bürgerschaftswahl in Hamburg
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 3
- Warum schießt das chilenische Militär nicht?
- Das Wahldesaster von Labour
- Der erste Krieg der BRD
- Eine neue Krise steht vor der Tür
- Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?
- Meine Mama war Widerstandskämpferin

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 5

Eine Rekonstruktion revolutionärer Politik in China



Bewaffnete Demonstration der Streikenden 1927 in Shanghai

Aus gegenwärtiger Sicht bildet das Jahr 1927 den entscheidenden Wendepunkt für den Weg der chinesischen Revolution. Uns stellen sich die Massaker an den KommunistInnen in Shanghai als Ende und Neubeginn gleichermaßen dar: Das Ende der Möglichkeit, die soziale Revolution in den Städten zu initiieren und der Neubeginn kommunistischer Agitation „auf dem Lande“. Die Zeitgenossen erlebten die Ereignisse anders und die Glättung der Geschichte durch die KP ist allzu sehr vom Ende her gedacht, von der Ausrufung der Volksrepublik durch Mao am 1. Oktober 1949.

In der *Arbeiterstimme* Nr. 207 (Frühjahr 2020) wurden die Bedingungen aufgezeigt, unter denen die erst seit wenigen Jahren bestehende KP, in ein feindliches Bündnis mit der Guomindang gezwungen, revolutionäre Politik umzusetzen suchte. Als Chiang Kai-shek sich stark genug fühlte, seinen Machtanspruch in der GMD, und damit in der Republik China, durchzusetzen, entledigte er

sich kurzerhand seines kommunistischen Parteianhängsels.

Die versprengten Reste der KP glaubte er in kurzer Zeit bei Vernichtungsfeldzügen aufzureiben und schließlich auszulöschen, daraus machte er auch kein Geheimnis.

Trotzdem waren die Massaker in den Städten noch nicht das Fanal für die stark dezimierten und geschlagenen KommunistInnen, um abzutauchen und neue Kräfte zu sammeln. Anfang April 1927, keine zwei Wochen nach der Eroberung Shanghais durch die – offiziellen – Truppen der Nationalregierung unter dem Befehl Chiang Kai-sheks und dem folgenden Massaker in Nanjing, wurde eine

gemeinsame Erklärung des „linken“ Führers der von der GMD gestellten Regierung und des Führers der KP veröffentlicht.¹ Danach betonten beide, der Regierungschef Wang Jingwei und der Kommunist Chen Duxiu, die Notwendigkeit der „Zusammenarbeit der revolutionären Lager“. Chen bezahlte diese Versicherung mit dem Kotau vor der GMD, wonach die KP „niemals vorhatte, gegen die Nationale Volkspartei (GMD) zu putschen oder eine Diktatur des Proletariats zu errichten“.² Wang war selbst durch die eigenmächtige Militäraktion Chiang Kai-sheks in die Defensive geraten und es zeigte sich in der Folge, dass trotz aller Beschwörungen lieber

¹ Dieter Kuhn: *Die Republik China von 1912 bis 1937* (Heidelberg 2007, 3. überarbeitete Auflage), hier: S. 386 f. Diese ausführliche Darstellung ist Grundlage für die ereignisgeschichtlichen Aspekte im beschriebenen Zeitraum. Er zeichnet die zahlreichen Wendungen, Finten, Front- und Koalitionswechsel in den Jahrzehnten des Bürgerkriegs, des Kampfes gegen die imperialistischen Invasoren des Westens und gegen den japanischen Feind sehr detailliert und auf zahlreiche unterschiedliche Quellen gestützt nach. Dabei stellt seine Ereignisgeschichte stark auf die führenden Personen der Zeit ab, der Charakter der Auseinandersetzungen, die Strukturen des Landes und der Gesellschaft in dieser Zeit werden nicht thematisiert.

² *ebd.*, S. 387

die kommunistischen Mitglieder in der GMD geopfert wurden, als selbst vom Oberbefehlshaber der Armee kaltgestellt zu werden. Da mögen die Kräfteverhältnisse in der Partei noch so sehr „links“ gewesen sein, im Zweifel hat das Militär Recht. Manabendra Nath Roy nennt in seiner Darstellung der Lage das Verhalten der Wang-Regierung einen „Verrat an der Revolution. Wäre die Wuhan-Clique [so genannt nach dem Regierungssitz Wuhan] wirklich der linke Flügel der GMD gewesen, hätte sie also die Mitgliedschaft der Partei gegen ihre feudal-bürgerliche Führung repräsentiert, hätte sie anders gehandelt (...) Dann hätte sie in den Kommunisten treue Kampfgenossen erkannt, statt sie und mit ihnen die Revolution gewaltsam anzugreifen“.³

Während die Truppen Chiang Kai-sheks im Zusammenspiel mit Gangsterclans und ausländischem militärischen und diplomatischen Personal kommunistische Kader und Gewerkschafter niedermetzeln, hält die Führung der KP (und die Komintern) immer noch an dem formalen Bündnis mit der GMD und seinem vermeintlich linken, der Revolution (welcher?) zugeneigten Flügel fest. Chiang hat längst die Gunst der Stunde erkannt, die politische Macht in der GMD zu ergreifen, indem er Wang mit seinem Verhältnis zu den Kommunisten erpresst. Den Massakern in Shanghai folgen weitere in Beijing und Nanjing mit Abertausenden von Toten unter den Linken. Spätestens mit dem offiziellen Bruch

der Einheitsfront durch die GMD im Juli 1927 endet die Phase der Selbsttäuschung einer kampfbereiten und tapferen kommunistischen Partei, deren Strategie fast zum eigenen Untergang geführt hätte. Es endet damit aber auch das bisherige Verständnis von Sozialismus, der die Zukunft Chinas darstellen sollte.⁴



Shanghai: die besiegten Kommunisten werden zur Hinrichtung geführt

Ein Vorschein künftiger Verhältnisse war fast gleichzeitig in den Provinzen Hunan und Hubei zu sehen. Bauernbewegungen in diesen Provinzen, die jeweils mehrere Millionen Anhänger umfassten, nutzten die Schwäche der offiziellen Wuhan-Regierung und die Abwesenheit der Truppen Chiangs, um ihre Hauptforderung, die Enteignung des Großgrundbesitzes, auf dem Lande umzusetzen. Man übernahm die Verwaltung in den Dörfern selbst, widmete Tempel zu Schulen um und nahm den Frauen die Bandagen von den Füßen. Schnell führten die Maßnahmen dabei zu tödlichen Auseinandersetzungen mit den Grundbesitzern und all jenen, die von den überkommenen Verhältnissen profitierten. Die Kernfrage des chinesischen Weges, die Eigentums- und Abhängigkeitsver-

hältnisse auf dem Lande, war von der GMD in keiner Weise erfasst worden. Eine Landreform war zart angedacht, doch über viele Jahre nicht einmal im Parteiprogramm verankert. Die eigenen Offiziere entstammten vielfach dem Großgrundbesitz, die Verpflegung der Armee und die Bemannung der Massenheere für die zahlreichen Feld- und Vernichtungszüge hingen von „stabilen“ Ausbeutungs- und Unterwerfungsverhältnissen in den Provinzen ab. Insofern würde eine Landreform unter der GMD nur auf dem Papier blühen.

Mehr als 20 000 Bauern wurden innerhalb weniger Wochen getötet, die Verbitterung führte ein Vierteljahr später zum „Herbsternte-Aufstand, der ebenfalls scheiterte.“⁵

Das Versagen der Kommunistischen Internationalen in der chinesischen Frage

Die Reaktion der Komintern auf diese sich umstürzenden Verhältnisse war für die KPCh leider keine Hilfe. Die Tagung des Exekutivkomitees der Komintern im Mai 1927 kulminierte in einem Telegramm Stalins an die KP, in dem die Partei verpflichtet wurde, weiter mit dem linken Flügel der GMD zusammenzuarbeiten. Enteignungen sollten den Grundbesitz der GMD-Offiziere ausnehmen. Eine neue revolutionäre Armee aus kommunistischen Kräften und Bauern sollte gegen die reaktionären Offiziere aufgestellt werden, um sie vor ein GMD (!) – Revolutionsgericht zu stellen.⁶

Weiter entfernt von der chinesischen Situation konnte man gar nicht sein. Das Taktieren, um Zeit zu schinden und die Anwesenheit der sowjetischen Berater bei der GMD nicht gefährden, brachte die Politik der Komintern weiter in Misskredit.

Die GMD war vom sowjetischen Papiertiger mehr denn je überzeugt und die KPCh spaltete sich (informell) mehr und mehr. Die Parteigänger der sowjetischen Linie dominierten nur noch kurze Zeit die KP-

³ Manabendra Nath Roy: *Revolution und Konterrevolution in China*, Berlin 1930, S. 398f.

Roy behandelt die Ereignisse in China zeitlich sehr nahe am Geschehen. Dazu kommt, dass er als Mitglied und Repräsentant der Kommunistischen Internationalen für die Politik der sowjetischen Beratung der Nationalregierung Mitverantwortung getragen hat. In seiner Darstellung schwingt große Enttäuschung über die Wendung innerhalb der GMD mit, dies wirft peinliche Fragen auf, was die Rolle der Sowjets im Nahbereich der militärischen und der politischen Führung der GMD betrifft. Der Versuch der sowjetischen Berater, ihre Stellung dadurch zu behalten, indem sie gnadenlos opportunistisch gegenüber Chiang Kai-shek operierten, misslang gründlich. Schließliche warf er sie aus dem Land.

⁴ Die Darlegung des Sozialismus chinesischer Prägung erfolgte zusammenhängend im Teil 4 der Serie (*Arbeiterstimme* Nr. 209 (Herbst 2020)). Deshalb wird in dieser Folge auf seinen Inhalt, die Bedeutung und die sich daraus ergebenden Probleme nicht mehr eingegangen.

⁵ Kuhn, S. 394

⁶ ebd., S. 398

Politik in den Städten. Andere gingen verstärkt in die Provinzen, um nicht verheizt zu werden, um dem Einfluss der eigenen Partei auszuweichen und nicht zuletzt, um eine neue revolutionäre Strategie zu fahren.

Die Entfremdung zwischen der sowjetischen und der chinesischen KP hat eine längere Vorgeschichte. Der endgültige Bruch mag nach 1956 erfolgt sein, für die Lage in China ist das Jahr 1927 entscheidend.

Chiang Kai-shek war entschlossen, die GMD nicht nur militärisch, sondern auch politisch auf seine Person auszurichten. Deshalb warb er den Verbündeten der Wang-Regierung, Feng Yuxiang⁷, ab, nachdem letzterer die Regierung zwang, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten abzubrechen. Es gab Ende Juni 1927 für die KP-Führung keinen Ausweg mehr, sie musste fliehen, als die verbündete Konterrevolution die Verhältnisse in Hunan blutig wieder herstellte. Die sowjetischen Bestimmungen zur Zusammenarbeit wurden Mitte Juli offiziell von der Parteiführung gebrochen, das Ende der Einheitsfront ging einher mit der Flucht- und Absetzbewegung der Kader. Einen Tag nach der Proklamation beschimpfte die Komintern, die Handschrift Stalins ist überdeutlich, die Führung der Partei als opportunistische Abweichler. Chen Duxiu sah nur mehr den Ausweg, von der Führung der KP zurückzutreten. Die Parteikonferenz im August setzte ihn dann noch einmal ab und wählte einen Mann Moskaus als Nachfolger.⁸

Diese Episode zeigt, welche falschen und verheerenden Entscheidungen in Moskau, weit weg von den Kämpfen in China, getroffen wurden, um den vermeintlichen Fuß in der Türe, d.h. den Einfluss auf die Regierung Chinas, zu behalten.

Dafür wäre die KPCh geopfert worden. Die Fehler sind nie eingestanden worden, damit hat man den chinesischen GenossInnen die notwendige Augenhöhe verweigert. Dass die entstandenen Ressentiments gegen die sowjetische Politik ihre Folgen zeitigen würden, ist nicht verwunderlich. Schließlich hat die politische Führung der jungen Volksrepublik dieses Versagen der russischen Kommunisten als lebensbedrohlich

für jeden einzelnen von ihnen erleben müssen.

Die Zeit der permanenten Bürgerkriege

Das Verbot der Partei und die sich anschließende Vernichtungsorgie durch die GMD forderten bis Ende des Jahres bis zu 200 000 Menschenleben, manche davon waren auch das Resultat innerparteilicher Kämpfe. Die äußere Bedrohung und der Wegfall jeglicher politischen Orientierung,



Chiang Kai-sek bei eine Parade 1940

die über das eigene Überleben hinausging, sorgten für erbitterte Auseinandersetzungen in der KP selbst. Gerade in den Städten hatten KommunistInnen und ihre Verbündeten keine Perspektive mehr. Die sowjetischen Berater, die, von der Politik Moskaus instruiert, immer noch für einen Kompromiss warben, mussten schließlich auf abenteuerlichen Wegen und ihrer Würde beraubt das Land verlassen.

Exemplarisch mag das letzte Aufbäumen gegen die eigene Machtlosigkeit stehen. Die stalinistische Vorgabe bestand in der Errichtung von kommunistischen Basen in den Städten. In Kanton wurde ein verzweifelter Versuch im Dezember 1927 unternommen, der innerhalb von zwei Tagen niedergeschlagen wurde. Innerhalb weniger Stunden ließen die bisher zerstrittenen GMD-Generäle Tausende Unbewaffneter ermorden, darunter viele Frauen und Kinder.⁹

Auch das Konsulat der UdSSR in Kanton wurde gestürmt, das Personal getötet. Die Sowjetunion brach endlich, aber viel zu spät, die diplomatischen Beziehungen zur Republik China ab.

Weit war Chiang Kai-shek inzwischen gekommen mit seinem Projekt der Machtübernahme. Der unmittelbare Konkurrent, Wang Jingwei, weilte zur selben Zeit in Frankreich, aus der Schusslinie entfernt. Ohne den politischen Kopf des „linken“ Flügels der GMD war kein Widerstand mehr zu erwarten.

Um die Partei unter Kontrolle zu bekommen und den nationalen Anspruch seiner Strategie zu betonen, gab er das Ziel des Zweiten Nord-Feldzuges aus. Der erste musste wegen der Bekämpfung der KommunistInnen unterbrochen werden. Mit vier Armeekorps und einer Gesamtstärke von 700 000 Mann wollte er den Warlord des Nordostens, also im Wesentlichen den Beherrscher der mandschurischen Provinzen, niederbringen.¹⁰

⁷ Feng war ein sogenannter „Kriegsherr“, wie es mehrere zur Zeit der Republik China gab. Der Krieg war ihr Beruf. Sie dienten sich hoch, indem sie, anfänglich, mit meist regulären Truppenteilen für ihre Auftraggeber politische, organisatorische oder pekuniäre Ziele verfolgten. Im Gegenzug wuchsen ihre Truppen in Größenordnungen, die politisch nicht mehr vernachlässigt werden konnten. Sie wurden zum eigenständigen Machtfaktor in den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, regierten nach Gutdünken in eigenen Provinzen, schufen sich eigene Verwaltungen und Gesetze und betrieben eine eigene „Außenpolitik“, ohne sich einer Zentralgewalt unterzuordnen. Nach Angaben von Wikipedia hatte Fengs Heer im Jahr 1930 eine Stärke von 100 000 Mann. (https://de.wikipedia.org/wiki/Feng_Yuxiang)

⁸ Kuhn, S. 400f.

⁹ Kuhn, S. 407. Eine bittere Lehre in der Geschichte wiederholt sich ein weiteres Mal: sobald es gilt, die Protagonisten der sozialen Revolution bis zur Vernichtung zu bekämpfen, werden sofort alle Unterschiede zwischen den Bewahrern der überkommenen Verhältnisse unwichtig. Bündnisse mit Kräften aus diesem Spektrum stehen immer unter diesem Vorbehalt.

¹⁰ Von den vier Korps wurden drei von kurzfristig verbündeten Warlords aus dem Süden und der Mitte geführt. Die Nationale Armee hätte die Mannstärke allein niemals aufgebracht. D.h. für diese Koalition musste eine riesige Summe Geld (und mit Sicherheit eine Reihe von politischen Zusagen im Hinblick auf die zu erwartende Beute) erbracht werden. Der Gegner übrigens war zeitweise von den Japanern unterstützt. Die Kwantung-Armee Japans trieb ihre eigenen Interessen in China voran.

Dieser Kriegsherr, Zhang Zuolin, hatte seine Macht, nachdem er von Japan gestützt wurde, sukzessive ausgebaut, die Nordprovinzen besetzt und „die Mauer überstiegen“, das bedeutet, Beijing besetzt. Beijing sollte zuerst „befreit“ werden, was auch fast ohne Blutvergießen gelang. Zhang war von den Japanern bei einem Eisenbahnattentat beseitigt worden. Sie hatten ihre Pläne neu justiert und setzten statt auf Zhang jetzt auf den neuen „Reichseiniger“, auf Chiang Kai-shek, der im Vorjahr in Tokio vorstellig geworden war. Zhangs Sohn, der Nachfolger, erklärte den Krieg für beendet und zog seine Armee aus Beijing zurück. Der politische Triumph der Süd-Koalition war umfassend, die Idee der nationalen Einheit wurde dagegen wieder einmal verschoben. Chiang hatte sein Ziel erreicht. Ihm fiel 1928 die höchste Macht in der GMD zu, dazu saß er im Militärkomitee, war Oberkommandierender der Armee und schließlich Vorsitzender im Rat der Nationalregierung. Die chinesische Republik wird zur Militärdiktatur, die von einem Mann ausgeht, der sämtliche Fäden in der Hand hält. Allerdings in einem Rumpfreich – es gibt ja zahlreiche Warlords und Gangstersyndikate, die auf eigene Rechnung und nach eigenen Regeln arbeiten. Die GMD legt dabei das Handeln der staatlichen Verwaltung fest, sie durchdringt personell alle staatlichen Ebenen.

Während also ein neuer Sonnenkönig inthronisiert worden war, blieben die Kernaufgaben in einer (an sich bürgerlichen) Republik China unerledigt: die staatliche Einheit war nur sehr kurze Zeit und nur formal erreicht, weil der Warlord der Mandschurei nicht entmachtet war und die anderen Warlords in ständigen Verhandlungen bei Laune gehalten werden mussten, damit sie die Zentralmacht akzeptierten. Darüber hinaus gab es eine ständige, inzwischen über zwei Jahrzehnte anhaltende japanische Besatzungsarmee, die einen Staat im Staate darstellte und kräftig

die inneren Verhältnisse der Republik mitbestimmte. Es fehlte der GMD das Verständnis und die Kraft, die sozialen Beziehungen der Klassen untereinander auch nur auf einer bürgerlichen Formalebene zu regeln. Die Willkür in den Verhältnissen regierte ohne tatsächliche Beschränkungen. Die Landfrage war, wie bereits betont, nicht einmal angegangen worden, stattdessen implementierte die GMD ein Spitzelsystem auf dem



Feng vor dem Lenin-Mausoleum in Moskau, 1926, Bild: Wikipedia

Land. Dies sollte den Einfluss der KP gar nicht erst entstehen lassen. Ausgewählte Dorfvorsteher bürgten persönlich für ihre Dörfer, bei Auflehnung gegen die Obrigkeit waren sie der Staatsverwaltung und, noch schlimmer, der Armee verantwortlich. Die beständige Unterdrückung sollte für Ruhe sorgen, sie sorgte aber auch beständig für revolutionäres Potenzial.

Dazu kam das chronische Staatsdefizit, das wegen der riesigen Armeen in China explosionsartig anwuchs. Neben der „regulären“ Nationalarmee (bis 400 000 Soldaten) gab es die persönlichen Truppen der Warlords (bis 1,8 Millionen Mann unter Waffen), die selbstverständlich vom Staat zu alimentieren waren.¹¹

Das Wesen der chinesischen Republik

Die Macht dieser Zeit kam wahrlich aus den Gewehrläufen. Ohne Massenheer kein politischer Einfluss. Diese Formel ließ Abrüstungskonferenzen scheitern und sorgte gleichzeitig für weitere militärische Abenteuer.

So war der Kriegsherr Feng, Verbündeter von Chiang Kai-shek, mit ihm übereingekommen, die Küstenprovinz Shandong am Gelben Meer, ihrerseits Ausgangspunkt für Militärfaktionen gegen die nördlichen Warlords, zu übernehmen. Chiang zog kurzfristig seine Zusage zurück, Feng kündigte das Bündnis auf und war damit in die Falle gelaufen. Chiang hatte zwei Generäle Fengs und deren 100 000 Mann-Heer gekauft. Feng musste sich mit seinen Leuten in eine Binnenprovinz zurückziehen. Ergebnis waren neue Koalitionen und Kriegsauseinandersetzungen zwischen Feng und seinen Verbündeten sowie Chiang Kai-shek. Der Bürgerkrieg zwischen April und September 1930 kostete etwa 300 000 Menschen das Leben.

Dieses Ereignis ist für diese Jahre nur exemplarisch zu nehmen, darin drücken sich die antagonistischen Widersprüche in dieser Gesellschaft aus. Eine Gesellschaft, die sich nur innerhalb einer ganz schmalen Schicht als bürgerlich und damit den westlichen Vorbildern ähnlich wähnte. Sie vermochte es aber nicht, diese Bürgerlichkeit als prägende Komponente durchzusetzen. Noch immer herrschten offene Gewalt, die höchstens formal reguliert war, und das persönliche Über- und Unterordnungsverhältnis, das feudalistische Züge trägt. Bezeichnend ist, dass der neuartige chinesische Nationalismus sich auf keine chinesische Bourgeoisie, kein Verwaltungs- oder Bildungsbürgertum stützen konnte. Allein das Militär war in der Lage, aber häufig nicht willens, die Nation als Prinzip für sich zu reklamieren. Natürlich ist es der nationalen Armee nicht möglich, bürgerlichen Prinzipien und Regularien im Staat zum Durchbruch zu verhelfen. Und so funktionieren zur gleichen Zeit antagonistische Ordnungsmuster in einem Staatswesen, das für sich kein eigenes Ordnungsmuster durchzusetzen weiß. Oder,

11 Kuhn, S. 432f. Was der Staat für den Unterhalt der nationalen Truppen wie der Privatarmeen nicht leistete oder leisten konnte, das holten sich die Militärs eigeninitiativ von der Bevölkerung. Erpressung, Raub, Rauschgifthandel besserten auf allen Seiten die Einkünfte auf. Der Staat erfüllte seine Funktion nicht, Recht und Sicherheit nach innen zu garantieren, er war nur Selbstbedienungsladen nationaler wie regionaler Usurpatoren. Die Erbitterung darüber wuchs und sorgte für immer wieder aufflackernde Unruhen und Auflehnung.

besser gesagt: sie funktionieren eben nicht. Daraus resultieren die ständigen Auseinandersetzungen, die nicht nur zwischen verschiedenen Klassen sofort eskalieren, weil sie von vornherein auf Eskalation angelegt sind. Auch innerhalb der herrschenden Klasse steht bei einem Konflikt die gegenseitige Vernichtung ins Haus, die stellvertretend für ihre Herren die jeweiligen Befehlsempfänger zu erleiden haben.

Bezeichnend für die Republikzeit Chinas ist, dass konstituierende, ordnende Staatsideen existieren, aber nur zur Außendarstellung dienen. Der „Reichseiniger“ Chiang Kai-shek trägt diesen Anspruch zwar vor sich her, seine Politik ist aber nicht daran orientiert. Die Berufung auf die Einheit Chinas dient seiner persönlichen Machtposition. Ebenso verhält es sich mit den „Drei Volksprinzipien“ Sun Yat Sens. Kein Regierungsbeamter, nicht einmal Chiang, könnte es sich leisten, diese Prinzipien abzulehnen, nicht auf ihrem Boden zu stehen. Volksgemeinschaft, Volksrechte und Volkswohlfahrt stehen für die Republik. Sucht man aber nach stringenten und anhaltenden Schritten zu ihrer Durchsetzung in der Republik, sucht man stets vergeblich. Dort, wo es ansatzweise eine Implementierung gibt, öffnen sich sogleich neue Türen zu ihrem Missbrauch.¹²

Konsolidierung und Krise der KP Chinas

Nach dem offiziellen Ende des Bündnisses zwischen der KP und der GMD im Sommer 1927 bedarf es weiterer Niederlagen der revolutionären Kräfte, bis ein substanzieller Strategiewechsel erfolgen kann. Die Vorgaben aus Moskau, der Wechsel der Parteispitze hin zu einer stalinistisch beeinflussten Leitung verzögern die Umorientierung. Beinahe überflüssig zu sagen, dass die von vornherein verlorenen Kämpfe in Nanchang¹³, Changsha und in Guangzhou (Kanton) Abertausenden von Aufständischen das Leben kosten. Die Absicht, mit einer Kette von lokalen Erhebungen eine kritische Masse zu schaffen, um den immer noch ersehnten „linken“ Flügel von den Reaktionären in der GMD zu spalten und die Kräfte

zu vereinen, erweist sich stets als die Illusion, die sie von Anfang an war. Was sich in diesen blutigen Monaten 1927 allerdings durchsetzt, ist die fraktionsübergreifende Überzeugung in der KP, eigene Truppen aufzubauen und zu organisieren. Der Versuch, militärische Kräfte der GMD, selbst wenn sie links orientiert waren, mit eigenen, eher spontan entstandenen und schwach bewaffneten Verbänden zu vereinen, wird aufgegeben. Dies unterhöhlt die bisherige Taktik, den Aufstand von den Städten auf das Land zu tragen.



Eine kommunistische Einheit um 1935 im Jinggangshan-Gebirge

Mao Zedong verliert im Gefolge der Stalinisierung der Partei seinen Sitz im Politbüro. Für ihn das Signal, endgültig mit der städtisch orientierten Führung zu brechen und seine politische Arbeit vollständig in die Provinzen zu verlegen. Dabei gehen manche Pläne nicht auf. Der „Herbsternernte-Aufstand“ 1927 scheitert. Zum einen gelingt es Mao, der dafür die Verantwortung trägt, nicht, die Gegenkräfte der GMD im Gebiet zumindest zur Neutralität zu bewegen, um den Kampf gegen die Milizen der Großgrundbesitzer mit größeren Erfolgsaussichten zu füh-

ren, zum anderen fehlen den eigenen Verbänden vergleichbare Bewaffnung und Erfahrung. Dieser sich durchziehende Schwachpunkt, der defacto erst mit dem vollendeten Sieg im Bürgerkrieg 1949 beseitigt werden kann, ist Grundlage der speziellen Taktik der Revolutionären Bauerntruppen, die Mao und Zhu De, der Gründer der Roten Armee, im Lauf der Folgejahre entwerfen und ausüben.

Die letzten 1000 Kämpfenden entkommen aus der Aufstandsprovinz Hunan in das gebirgige Hinterland, wechseln über die Provinzgrenze nach Jiangxi und schaffen sich dort im Jinggangshan-Gebirge einen neuen Stützpunkt. Kleinbauern, Tagelöhner und MinenarbeiterInnen bilden die Basis der neuen lokalen Truppen.

Zhu De führt seine Verbände Anfang 1928 mit diesen Kräften zusammen, sie bilden künftig den Kern der Roten Vierten Armee, der ersten Revolutionären Arbeiter- und Bauernarmee Chinas. Abseits vom Interesse Chiang Kai-sheks und seiner wechselnden Koalitionen, aber nicht abseits von der Kernfrage des Landes, der Landverteilung und der daran gebundenen Unterdrückung einer großen Mehrheit des Volkes, beginnen die KommunistInnen ihre Organisations- und Bildungsarbeit. Im Juli des Jahres wird das Zentrale Sowjetgebiet im Süden der Provinz proklamiert, das größere Provinzdorf Ruijin zum Hauptquartier ausgewählt. Mehrere, wenn auch zumeist kurzlebige, Sowjetgebiete entstehen in rascher Folge. Die Forderungen der KommunistInnen auf dem Lande bekommen nach und nach eine größere Verbreitung, sie gewinnen an Popularität.

Wenngleich die (dort erneut gestürzten und ausgetauschten) Führer der KP 1928 auf einem Auslandsparteitag in Moskau an den Neuansätzen im Hinterland nicht vorbeigehen können, wird betont, dieses Vorgehen sei kein Strategiewechsel der Partei, deshalb könne man Maos Aktivitäten nicht als Modell nehmen. Mao

¹² So setzt Chiang das Prinzip der Volksrechte in seiner Regierung um, indem er nach den Forderungen Sun Yat Sens fünf „Behörden“ bildet (zuständig für Exekutive, Legislative, Rechtsprechung, Prüfung und Kontrolle). Nicht einmal die Kräfteverhältnisse der Regierungspartei GMD spiegeln sich wider, Chiang platziert seine Getreuen in den Schlüsselpositionen. (vgl. Kuhn, S. 427f.)

¹³ Der 1. August wird im Gedenken an die „Rebellion vom 1. August 1927“ in der VR China als Tag der Chinesischen Volksbefreiungsarmee begangen.

erhält seinen Platz im Politbüro nicht zurück. Nochmals versucht die Komintern die bekannte Strategie durchzudrücken und scheitert bei der Einnahme Changshas, der Hauptstadt Hunans, nach drei Tagen. Die nach Moskau orientierte Parteispitze wird schuldig gesprochen, abgesetzt und durch Genossen ersetzt, die in der UdSSR ausgebildet waren.¹⁴

Mao, der nach dem Parteitag kein Blatt vor den Mund nahm und der Führung vorwarf, ihr fehle „das tiefe Verständnis“ für die richtige revolutionäre Strategie, bleibt unbeindruckt und wird von der Partei auch nicht diszipliniert. Dafür ist er wohl auch zu weit ab von den internen Kämpfen und kann auf einige Erfolge verweisen.

Die Grundlagen seiner Strategie in diesen Jahren nach den großen Niederlagen in den Städten wurden bereits in der Arbeiterstimme Nr. 209 (Herbst 2020) ausführlich dargelegt und bewertet. In seinem Brief (Titel: *Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen*) vom Januar 1930 an das ZK der Partei wird die revolutionäre Klassenfrage deutlich gestellt und trotz einiger ideologischer Zugeständnisse an das Vorgehen der KP schließlich eindeutig (und nicht gerade zur Freude des ZK) beantwortet.¹⁵

Die Existenz dieser „roten Gebiete“ gab Mao Recht, denn nach seinem Konzept wuchs der kommunistische Einfluss im Süden der Provinz weiter an. Selbst Chiang Kai-shek sah die soziale Bedrohung seiner Regierung und startete in rascher Folge fünf Vernichtungszüge gegen die Sowjetgebiete. Nach dem Hinauswurf der sowjetischen Berater 1927 holte sich Chiang deutsche Mili-

tärexperten in seinen Stab. Seit 1928 wirkten deutsche Militärberater ununterbrochen, über zehn Jahre lang, daran mit, den kommunistischen Einfluss in den chinesischen Provinzen zu zerschlagen. Der Wechsel der Regierung im Deutschen Reich schlug sich erst langfristig, mit der sich anbahnenden Achse Berlin – Tokio, nieder. Ob Weimarer Republik oder NS-Deutschland, beide Staatsformen hatten ein dringendes Interesse daran, jede Sozialrevolution, auch am anderen Ende der Erde, auszumerzen.



Mao und Zhu De im Norden Chinas 1937

In rascher Folge überzog Chiang seit Dezember 1930 bis März 1933 in vier Vernichtungsfeldzügen den Süden der Provinz Jiangxi mit Krieg. Die roten Militäreinheiten und lokalen Sowjetgebiete holten sich aber ih-

ren Einfluss wieder, sobald der Druck der Nationalisten nachließ.

Aus Fluchtpunkten für versprengte KommunistInnen in den unzugänglichen Bergen einer Agrarprovinz waren nach 1927 erste zusammenhängende Gebiete mit revolutionären „Regierungen“ geworden. Unterdrückte auf dem Lande, die mit ihren Befreiern gemeinsam arbeiten und leben und zum ersten Mal gesellschaftliche und politische Aufklärung erhalten, machen die ersten Schritte, um ihre Angelegenheiten selbständig zu lösen. Die Verteilungsfrage, was den landwirtschaftlichen Boden betrifft, wird zum Schlüssel für den Einfluss der KommunistInnen. Was liegt deshalb näher, als im November 1931 in den eigenen Einflusszonen ein Landgesetz der chinesischen Sowjet-Regierung zu verabschieden? Konfiszierung und Umverteilung von Land, das Großgrundbesitzern, Militärs und religiösen Institutionen gehört, wird darin geregelt.¹⁶

Über 1000 Sowjet-Kooperativen, die bereits existierten, werden damit legalisiert. Strukturen einer Sowjet-Regierung nehmen nach dem Ersten Gesamt-China-Sowjet-Kongress der KPCh Gestalt an, zu dem Mao Zedong selbst Delegierte und die Parteiführung nach Ruijin eingeladen hatte.¹⁷ Mao selbst wird auf diesem Kongress zum Vorsitzenden der Sowjet-Regierung gewählt. In die entscheidenden Gremien der Gesamtpartei rückt er aber immer noch nicht auf, die Parteiführung leistet beharrlichen Widerstand.

Nach dem Waffenstillstandsabkommen mit der japanischen Armee in China konzentriert Chiang Kai-shek ein weiteres Mal alle Kräfte darauf, die Chinesische Sowjet-Regierung zu beseitigen und rüstet zur Fünften Einkreisungs- und Vernichtungskampagne. Seit August 1933 verhängt er eine Wirtschaftsblockade über die Region, im Oktober setzt er mehrere Armeen ein, die aus unterschiedlichen Richtungen auf die Sowjetgebiete zumarschieren. Zwischen 250 000 und 700 000 Mann, Panzer und Hunderte von Bombern und Aufklärungsflugzeuge sollen eingesetzt worden sein, um die revolutionären Gebiete einzukreisen und zu „säubern“. Diesmal werden Städte und Dörfer einzeln durchkämmt, alle

14 Kuhn, S. 546

15 Der Briefauszug wird zitiert nach Günter Kleinknecht: „Theorien der chinesischen Revolution“, S. 452f. (in: Richard Lorenz (Hg.): *Umwälzung einer Gesellschaft*. Frankfurt/Main 1977, S. 405 - 492) „Der Schlüssel zum Sieg der Revolution ist einzig und allein die proletarische Führung. Die Schaffung einer proletarischen Basis der Partei (...) – das ist augenblicklich eine (!) wichtige organisatorische Aufgabe der Partei; aber gleichzeitig sind besonders die Entfaltung des Kampfes auf dem Lande, die Errichtung der roten Macht in kleinen Gebieten, die Aufstellung und Erweiterung der Roten Armee jene Hauptvoraussetzungen, die (...) den Aufschwung der Revolution beschleunigen. Deshalb ist der Verzicht auf den Kampf in den Städten ein Fehler; aber die Entwicklung der Kräfte der Bauern zu fürchten und zu glauben, es würde für die Revolution von Nachteil sein, wenn die Kräfte der Bauern die der Arbeiter übertreffen werden, halten wir (...) ebenfalls für falsch. (...) es kann niemals ungünstig für die Revolution selbst sein, wenn im Laufe des Kampfes die Kräfte der Bauern die der Arbeiter übertreffen.“

16 Kuhn, S. 548

17 1933 waren „Kerngebiete in Süd-Jiangxi, in Teilen von Sichuan und Anhui mit insgesamt 25 Millionen Einwohnern noch fest in kommunistischer Hand“ (Kuhn, S. 549)

Feinde getötet, die Bevölkerung mit Terror und Hunger überzogen und gefügig gemacht.

Die Nationalisten hatten aus der Erfolglosigkeit der letzten Vernichtungszüge gelernt und sich an die Taktik der militärischen Berater gehalten. Die eroberten Gebiete werden nicht sich selbst überlassen, weil sie damit der kommunistischen Guerilla die Möglichkeit eröffnen, die Usurpatoren einzukreisen und zurückzuschlagen. Jetzt werden die Eroberungen mit Wachttürmen, Befestigungen, Unterständen und Bunkern langfristig gegen die Befreier abgesichert, ein Einsickern sowie rasche Befreiungsattacken sind nicht mehr möglich. Die Bevölkerung wird als Anti-Guerillamaßnahme faktisch in Geiselhaft genommen. Was verloren geht, bleibt verloren und verengt zunehmend die taktischen Möglichkeiten der KommunistInnen. Dazu kommt, dass Chiang diesen Vernichtungszug als den entscheidenden angelegt und die Ressourcen für einen längerfristigen Krieg eingeplant hat. Aus den ungemein harten Kriegszügen der letzten Jahre, die jeweils „nur“ einige Monate dauerten, wird jetzt ein gründlich geplantes, mit Bedacht voran getriebenes Vernichtungs-unternehmen, das über ein Jahr lang den Druck beständig erhöht. Ruijin, das Zentrum der Sowjetmacht, wird im April 1934 von zwei nationalistischen Divisionen besetzt. Die Verluste an Toten und Verwundeten steigen schnell an, so dass der Jiangxi-Sowjet eine grundsätzliche Entscheidung treffen muss: zehntausende junger Männer werden, freiwillig oder nicht, rekrutiert, Reis wird beschlagnahmt, Kleidung und Schuhwerk angefertigt. (Schein-) Durchbruchversuche sollen den Feind ablenken, manche gelingen, andere scheitern und bedeuten damit die sichere Vernichtung.¹⁸ Die Sowjetmacht schwindet zusehends, bis im Oktober 1934 der letzte große Versuch beginnt, der Erdrosselung durch Chiang Kai-shek zu entkommen. 80 000 bis 100 000 Personen brechen in mehreren Kolonnen auf und werden, so sie denn durchhalten, die nächsten drei Jahre unter Lebensgefahr und in großer Not auf der Flucht sein.

Der 9. November – ein nationaler Gedenktag

Nicht nur die Synagogen brannten – Der 9. November und die deutsche Geschichte

Im November des letzten Jahres hat Prof. Jörg Wollenberg uns und anderen politischen Freunden eine längere Rede zugesandt, die er zum Thema „der 9. November in der deutschen Geschichte“ halten wollte; dies war aber wegen der Corona-Einschränkungen nicht möglich.

Um diese dennoch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, drucken wir an dieser Stelle den Beginn des Textes ab. Der gesamte Text wird auf unserer homepage veröffentlicht: www.arbeiterstimme.org

Wird alles wieder so, wie es schon einmal war? „Ein Albtraum droht mir das Herz zuzuschneiden: es kann doch nicht sein, dass sich alles noch einmal wiederholt“. So begann ein am 9. November 1992 verfasster Brief. Er erreichte mich in meiner damaligen Wohnung in Nürnberg am Kaulbachplatz, verfasst von einem Freund und politischen Mitstreiter. Er fuhr fort:

„Genau vor 54 Jahren hatte ich das schrecklichste Erlebnis meiner Kindheit. In jenem November 1938 lief ich durch die Nachbarschaft, bis ich zufällig zum Nürnberger Kaulbachplatz kam. In diesem Viertel waren die großräumigen Jugendstilhäuser meist von wohlhabenden Juden bewohnt. Aber nun, nach dieser furchtbaren Nacht, in der die SA-Horde gewütet hatten, bot sich mir Neunjährigem ein Bild des Schreckens. Auf den Straßen lagen aufgeschlitzte Betten, zerstörter Hausrat und auf den zerschlagenen Möbeln saßen jüdische Frauen und heulten ihren Männern nach, die von den braunen Schergen abgeholt worden waren, manche auf Nimmerwiedersehen. Überall lagen Glassplitter. Ich stand da wie gelähmt, das Elend, das sich mir kleinem Buben auftrat, war so erschütternd, dass momentan aller Nazieinfluss durch Schule und Jungvolk einfach in den Hintergrund trat. Was ich am Kaulbachplatz nicht angetroffen hatte, waren die den Schergen Beifall klatschenden Nachbarn (wie es woanders leider durchaus gewesen war). Das entsetzliche Geschehen hat mich nie wieder vergessen lassen, was Menschen Menschen antun können.“

Mit dieser Erinnerung an den Judenpogrom von 1938 drückte am 9. November 1992 Hans Steiger seine Betroffenheit darüber aus, was sich nur eine Generation später in anderer

Weise noch einmal zu wiederholen drohte und 1938 den Auftakt für den Holocaust lieferte:

1992 zogen grölende Rechtsradikale mit Nazisymbolen ungestraft durch die Straßen, brannten Häuser nieder, schmähten Minderheiten, schändeten jüdische Friedhöfe und verbrannten Menschen. Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen stehen für den im geeinten Deutschland gewaltsam wieder aufbrechenden Rechtsextremismus und Rassismus. Und anders als bei ähnlichen Ausschreitungen in der alten Bundesrepublik konnten die Täter mit dem Beifall des gaffenden Publikums rechnen. Für alle sichtbar ist ein Tabu gebrochen. Man darf sich im neuen Deutschland als fremdenfeindlich bekennen. Die Medienwirksamkeit dieser Ereignisse trägt dazu bei, dass die Gewalt der Straße sich durch die Politik bestätigt findet. Wurde z.B. noch im Jahre 1991 in den sogenannten neuen Ländern die Asylantenfrage erst an 11. Stelle der dringenden politischen Probleme genannt, weit hinter Arbeitslosigkeit, Umweltschutz und Wohnungsnot, so ist durch die von den politisch Verantwortlichen bewusst gesteuerte Diskussion um die Neuordnung des Asylrechts der Ausländerhass und die Furcht vor einer angeblichen Asylantenschwemme immer mehr gefördert worden. Deutschland im Herbst 1992, das bedeutete das Brennen von Flüchtlingsunterkünften. Deutsche Helden warfen schlafenden Kindern Brandbomben in die Betten. Und weil so viele normale Bürger diesem Massenmord applaudierend beiwohnten, verbreitete sich die Parole: „Don't worry, be Nazi“.

¹⁸ Kuhn, S. 555

Unsere Kontakte zu einen befreundeten Genossen aus England beschränken sich in Zeiten der Pandemie weitgehend auf Briefe. Diese erhalten zwar keine generelle Analyse der politischen Situation in UK, bringen aber einige interessante Informationen über die Vorgänge bei Labour, die so in Deutschland nicht ohne weiteres zugänglich sind. Deshalb drucken wir einige Auszüge aus diesen Briefe ab.

Labour ist wieder in gemäßigten Händen

Der neue Vorsitzende von Labour, Sir Keir Starmer, hat sich daran gemacht, das Image der Partei zu ändern und sie dahin zurückzubringen, wo sie nicht den Status Quo gefährdet. Er feuerte Rebecca Long-Bailey vom linken Flügel, die für eine Fortsetzung des Corbyn-Kurses bei den Wahlen zur Parteiführung stand. Ihr Vergehen war es, eine Nachricht weitergeleitet zu haben, die ihr von ihrer Freundin, einer linken Filmschauspielerin, zugeschickt worden war. In dieser wurde behauptet, die Polizisten, die sich auf den Nacken von George Floyd gekniet hatten und ihn dadurch töteten, seien darin von israelischen Spezialkräften ausgebildet worden. Das stellte sich als unwahr heraus. Heutzutage ist eine kritische Haltung gegenüber Israel und dem Zionismus in großen Teilen Europas nicht erlaubt und wird als „Antisemitismus“ etikettiert. Long-Bailey wurde aus dem Schattenkabinett entfernt. Als ein Rechter eine wirklich antisemitische Nachricht über einen prominenten jüdischen Medienbesitzer twitterte, entschuldigte er sich und behielt daraufhin seinen Job. Ganz offensichtlich hatte die Entlassung parteiinterne Gründe; sie war auf war die Labour-Linke gezielt.

Starmer unterstützte die Black-Lives-Matter-Kampagne hierzulande nicht; er kritisierte auch die Polizei nicht. Tatsächlich prahlte er später, um seinen Patriotismus zu unterstreichen, im Gegensatz zu Corbyns bekannter Unterstützung für Befreiungsbewegungen, besonders den Kampf für ein vereinigtes Irland, mit seiner aktiven Unterstützung der Polizei, des Militärs und der Geheimdienste bei ihrem Vorgehen in dem 6-County-„Staat“. Er erwähnte in keiner Weise die Folterungen, Tötungen oder die Todesschwadronen, die gekannte iri-

sche Republikaner ermordeten. (Die Verwicklung staatlicher Stellen in die Ermordung des Bürgerrechtsanwalts Pat Finucane durch Loyalisten 1989 ist eine erwiesene Tatsache, aber am 30. November weigerte sich die britische Regierung, derzeit eine öffentliche Untersuchung darüber zuzulassen.)

Mitte Oktober gab der letzte Linke



Sir Keir Starmer, der neue Vorsitzende von Labour

in Starmers Schattenkabinett auf. Neben Dan Carden, einem Parlamentssabgeordneter aus Liverpool, verließen auch Margaret Greenwood, die Schattenministerin für das Schulwesen und fünf weitere MP's ihre Jobs als Mitarbeiter von Schattenministern. Der Grund war Starmers Entscheidung, nicht dem Vorschlag der Regierung entgegenzutreten, der der Polizei erlaubt, Verbrechen zu begehen, während sie kriminelle Gangs unterwandert. (Seit Jahren läuft eine Untersuchung über eine Unterwanderung der Polizei von verschiedenen Protestbewegungen, wobei männliche Polizisten unter falscher Identität Beziehungen mit Aktivistinnen eingingen und daraus sogar Kinder entstanden. Vermutlich heißt Starmer solche Aktivitäten gut.)

Der Bericht der EHRC (Kommission für Gleichberechtigung und Menschenrechte) über den Umgang mit behaupteten Fällen von Antisemitismus in der Labour-Party, der Ende Oktober veröffentlicht wurde, stellt fest, dass die Partei bei etlichen Verfahren darin gescheitert war, sich damit angemessen auseinanderzusetzen. Corbyn gab zu, dass es das Problem gab, dass es aber aus politischen Gründen außerordentlich übertrieben wurde. Karie Murphy, seine Stabschefin, sagte, dass die „dysfunktionale“ Parteimaschine und ein „offener Bürgerkrieg“ gegen Corbyns Führerschaft verhinderten, zum Kern des Problems vorzudringen. Corbyn wurde daraufhin vom neuen Generalsekretär der Partei, einem Rechten aus der Zeit von Blair, von der Labour-Party suspendiert, weil er das Problem heruntergespielt habe. Das Exekutivkomitee widerrief die Suspendierung kurz darauf, aber Corbyn wurde von Starmer von der Gruppe der Parlamentarier ferngehalten.

Es gibt ein Anwachsen des Antisemitismus, wie allgemein in Europa, aber der findet auf der Rechten statt. Wenige Individuen auf der Linken erweitern ihre kritische Haltung gegenüber Israel auf Juden im Allgemeinen und neue Verschwörungstheorien über Juden, die es jahrhundertlang gab, tauchen wieder auf. Was mich stutzig macht, ist, dass, seit Corbyn ersetzt wurde, ich nichts mehr über Anschuldigungen wegen Antisemitismus unter den Mitgliedern von Labour in den Medien gehört habe. Ich schließe daraus, dass es nicht mehr notwendig ist, da die Gefahr einer von Corbyn geführten Regierung beseitigt ist.

Die Labour-Party hat offensichtlich 10 Prozent ihrer Mitglieder verloren, seit Starmer Corbyn ersetzte. (In den Blair-Jahren traten viele Mitglieder

aus, aber unter Corbyn verdreifachte sich ihre Anzahl.) Zwei linke Parlamentsabgeordnete, Ian Lavery, der frühere Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft und Chairman von Labour, und John Trickett, veröffentlichten ein Dokument, in dem gefordert wird, die Partei solle sich bei den Pro-Brexit-Wählern dafür entschuldigen, dass sie die Idee für ein neues Referendum mit einer Option für einen Verbleib in der EU übernommen habe und somit das Ergebnis der Abstimmung von 2016 aufhebe, und bei den Anti-Brexit-Wählern, weil sie bei diesen eine falsche Hoffnung geweckt haben. (Die Idee stammte von Starmer.) Beide verwiesen auch darauf, dass die Mitgliedschaft von Labour jetzt zu sehr aus dem Mittelstand stamme und zu sehr im Süden verankert sei (d.h. aus der Gegend von London). Wegen des Coronavirus gibt es nicht viel politisches Leben neben den Problemen, die mit der Pandemie zusammenhängen. Daher ist es schwierig, zu erfahren, was unter der Oberfläche in der Labour-Party vor sich geht. Letzte Woche haben die Linken in der Labour-Exekutive „die Versammlung verlassen“ (die Teilnehmer waren nicht persönlich anwesend, sondern via Technologie), weil nämlich ein Rechter Chairman geworden war statt des vorherigen Stellvertreters, wie es eigentlich Tradition ist. Starmer bringt seine Verbündeten in Schlüsselpositionen unter. Im alten kommunistischen Jargon wäre er als „Lakai der Bourgeoisie“ bezeichnet worden, was ich heute für sehr angemessen halte.

m.j. (2.12.20)

... Ich habe einen kurzen Bericht von zwei Autoren gelesen über die Parlamentswahlen im Dezember 2019. Corbyn war nicht beteiligt; er wurde kaltgestellt, obwohl er noch Parteiführer war und er wusste nicht, was bei der Wahl geschah. Der Rundfunk und die „Financial Times“ berichteten, dass Corbyn durch einen Coup von einigen seiner linken Abgeordneten aus London aufs Abstellgleis geschoben wurde. Seine beiden Genossen Karie Murphy und Seamus Milne, die sein Büro leiteten, wurden entlassen, weil sie für den Brexit waren. Diejenigen, die gegen den Brexit waren, hatten Corbyn aus der Wahlkampagne entfernt – ein

befremdlicher Vorgang. Diese Leute halfen, dass Labour die Wahl wegen des Brexit verlor. Es war Starmer, der die Idee hatte, ein neues Referendum abzuhalten mit der Möglichkeit, für einen Verbleib zu stimmen. Trotzdem nominierte Corbyns Wahlkreis in Islington North Starmer als Parteichef, nachdem Corbyn zurückgetreten war. London ist wie ein anderes Land; die Mitglieder von Labour stammen hauptsächlich aus der Mittelklasse und sind daher überwiegend gegen den Brexit...

19/1/21

... Auf dem Feld der Politik kann man nichts Gutes über Labour berichten. Starmer wird kritisiert, weil er völlig blass ist; er hat keine klare Alternative zur Regierung. Die Regierung hat in den Meinungsumfragen bessere Werte als jemals zuvor, wahrscheinlich, weil das Impfprogramm so gut läuft. Zuvor war sie nicht beliebt, weil sie viele Fehler beging und zu langsam war, als im März 2020 das Corona-Virus auftauchte und auch, als sich dieses nach dem ersten Lockdown wieder verbreitete. Auch das Testen funktionierte nicht wirklich.

Starmer und sein Team haben sich entschlossen, ultra-patriotisch zu sein. Sie zeigen die Flagge wie die Tory Party, loben das Militär und die Monarchie etc. Sie wollen eine Anti-Corbyn-Partei sein. Diese Taktik mag Eindruck machen auf Wähler, die zwischen den beiden großen Parteien schwanken, aber sie wird einen großen Prozentsatz der traditionellen Wähler und der Mitglieder von Labour vor den Kopf stoßen. Ich weiß nicht, ob inzwischen mehr als 10 Prozent der Abgeordneten ausgetreten sind, über die schon früher berichtet worden war.

Starmer hat Peter Mandelson reaktiviert, der ihm helfen soll. Dieser war bei den Labour-Abgeordneten auf der Linken als Fürst der Finsternis (Prince of Darkness) bekannt, weil er in den Medien Instruktionen gegen sie erließ. Er war eine Schlüsselfigur von New Labour gewesen. Wie Blair war er nach seinem Rückzug aus dem Parlament Millionär geworden, weil er für verschiedene Politiker gearbeitet hatte, häufig für autoritäre...

29/2/21

Anzeige



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE
ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14,- Euro, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veit@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de
www.metropol-verlag.de



Revolte in Chile

Rezension

Dieses Buch ist ein Ärgernis. Das liegt sowohl an der Autorin wie am Segment der chilenischen Opposition, das sie beschreibt. Sophia Boddenberg ist eine freie Journalistin,¹ die für deutsch- und englischsprachige Medien aus Chile und Lateinamerika berichtet. In Deutschland finden sich ihre Beiträge im Spektrum von der Zeit bis zur jungen Welt.

Beim Lesen hat man den Eindruck, dass sie sich beim Verfassen des Buches an den Vorgaben deutscher Fördereinrichtungen orientiert hat. Kommunisten werden nur dann erwähnt, wenn es sich nicht vermeiden lässt. So ist Camila Vallejo das einzige Parteimitglied, das namentlich genannt wird. Als tendenziell negatives Beispiel einer ehemaligen Studentenfürherin, die sich ins Parlament hat wählen lassen. Ihre Organisationszugehörigkeit fällt aber unter den Tisch. Vallejo verdankt ihre Anwesenheit in dieser Arbeit der internationalen Öffentlichkeit. Schließlich war sie die erste Kommunistin, die nach dem Fall der Mauer von einer Massenbewegung auf die Titelseiten der internationalen Medien gehievt wurde. Ihr Fehlen wäre dem an Chile interessierten Leser aufgefallen.

Die KP, sie ist inzwischen wieder ein fester Bestandteil des politischen Panoramas des Landes, wird ein einziges Mal genannt in einem Rückblick auf das Sicherheitsgesetz, mit dem sie in den 50er Jahren verboten wurde. Dieser Umgang mit einer Kraft, die in jahrelanger Arbeit den politischen Raum geöffnet hat, in dem die aktuelle Bewegung agieren kann, ist, gelinde gesagt, unprofessionell.

Auch antikommunistische Schriften können interessant sein. Doch leider fehlt es dieser Arbeit an der dazu notwendigen Qualität. Häufig möchte man die Autorin zur Ordnung rufen. So, wenn sie sich die Aussagen von zwei chilenischen Akademikern zu eigen macht. Tatsächlich habe „*der Neoliberalismus Chile weder Modernisierung noch Entwicklung gebracht, da er die nationale Industrie zerstört und das Land vom Rohstoffexport abhängig ge-*

macht“ habe. (S. 36) Abgesehen von der Frage, wie man Modernisierung und Entwicklung definiert, möchte man alle drei fragen: Wann war Chile nicht vom Rohstoffexport abhängig?

Oder im Zusammenhang mit einem versuchten Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Piñera: „*Ein historischer Vorgang, denn eine solche Klage gab es in Chiles Geschichte zuvor nur ein einziges Mal, im Jahr 1956 gegen den damaligen Diktator Ibáñez del Campo.*“ (S. 73) An dieser Stelle hätte der Autorin der Widersinn ihrer Aussage auffallen können. Einen Diktator kann man nicht mit einem Amtsenthebungsverfahren abzusetzen. Richtig ist, dass Ibáñez zwei Mal in demokratischen Wahlen zum Präsidenten Chiles gewählt worden ist.

Der Erfahrungshorizont der Autorin

Wie kommt es, dass Boddenberg so etwas zu Papier bringt? Laut ihrer Homepage machte die junge Frau in Deutschland ihren Bachelor in Journalistik. Dem folgte ein Master in Sozial- und Politikwissenschaften an einer privaten Universität in Santiago. Sie lebt daher seit 2014 in Chile, arbeitet aber erst seit 2016 als Journalistin.

Was konnte man in dieser Zeit in Chile erleben? Das letzte wichtige Ereignis vor der sozialen Explosion, die Studentenbewegung von 2011, war da schon Geschichte. Vor dieser Bewegung konnte sich der Neoliberalismus fast ungestört entwickeln. Die wirtschaftliche Reformpolitik der KP Chinas führte in den 90er Jahren zu einem deutlichen Ansteigen der Rohstoffpreise. Das brachte Geld in Chiles Kassen. Diesen Zusammenhang sahen die Menschen nicht. Sie hielten das ökonomische Wachstum in Chile für ein Resultat der neoliberalen Politik.

Kritik konnte man damals nur noch gegenüber Angehörigen der antikapitalistischen Linken äußern. Alle anderen ließen solche Gedankengänge, aus Furcht vor der Rückkehr der Militärs oder weil die Rea-

lität scheinbar das Gegenteil bewies, nicht mehr zu. Die traditionelle Linke war fast vollständig aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Das Wahlrecht machte sie zu einer außerparlamentarischen Kraft, über die man nicht berichtete. In der Concertación warteten viele bereits auf das biologisch bedingte Aussterben der KP.

Diesen Zustand hat die Studentenbewegung 2011 zerstört. Danach gab es wieder Spielraum für antikapitalistische Fragestellungen. Die KP konnte mit einer geschickten Bündnispolitik und profilierten Köpfen wie Camila Vallejo ihre Isolierung aufbrechen. Dieser Linksruck führte zu den Reformen während der zweiten Regierung Bachelet. Wichtige Gesetze wurden aber vom Verfassungsgericht einkassiert. Das zeigte, dass grundsätzliche Änderungen im Rahmen der bestehenden Verfassung nicht möglich sind. Somit hat eine erfolgreiche Arbeit der Concertación unter Bachelet, und damit auch der KP, die sie mit ihrer Politik nach links bugsiierte, die Basis für die aktuelle Revolte geschaffen. Das wird im Buch aber nicht so beschrieben. Dort geht es nur um die enttäuschten Hoffnungen, die sich mit ihrer Regierung verbinden.

Trotz der von den Studenten angestoßenen Veränderungen waren politische Themen in großen Teilen der Gesellschaft immer noch ein Tabu. Doch die Universitäten waren auf eine unvorstellbare Weise politisiert. Die dort vertretenen Positionen gingen ins Extreme. Das darf man aber nicht mit Links gleichsetzen. Realistische Positionen wie die der KP hatten es dort schwer. In diesem Umfeld sind die Organisationen entstanden, die sich später zur Frente Amplio zusammengeschlossen haben.

In diesem intellektuellen Milieu ist die Autorin mit ihrem Studium in Chile gelandet. Als Folge davon stellt sie in ihrer Veröffentlichung nur einen Ausschnitt der sozialen Kräfte der Revolte dar. Die Einordnung dieser Bewegung in das Beziehungsgeflecht der unterschiedlichen Akteure unterbleibt.

Ein Rückblick in die Geschichte

Im Zuge ihrer Integration in die chilenische Gesellschaft scheint sie an Teile der familia Mirista geraten zu sein. Das ist ein Netzwerk von Menschen, die früher in einer Beziehung zum historischen MIR, der Bewegung der Revolutionären Linken, gestanden haben. Der MIR und ein nicht unerheblicher Teil der Sozialistischen Partei haben eine gerüttelte Mitschuld an den Zuständen, gegen die sich die aktuelle Revolte richtet.

Avanzar sin trazar, was man mit Voranschreiten ohne zu verhandeln übersetzen kann, war ihre Parole. Sie glaubten tatsächlich, dass ein sozialistischer Präsident, dem die Christdemokraten das Tor zum Regierungssitz aufgesperrt hatten, zusammen mit ca. 40% der Bevölkerung eine sozialistische Gesellschaft aufbauen kann. Wegen dieser Illusion verhinderten sie, dass Allende beizeiten zurücktreten konnte. Damit wäre er dem Militärputsch zuvor gekommen und man hätte Chile dann nicht so einfach in ein neoliberales Versuchslabor umwandeln können.

Ihr Kontakt zur familia Mirista ergibt sich aus der Beschreibung von Gesprächspartnern und Zitaten aus Interviews mit Gabriel Salazar. Diese Aussagen durchziehen das Buch wie ein Roter Faden. Salazar ist ein ernst zu nehmender Historiker, chilenischer Nationalpreisträger und war Anfang der 70er Jahre Mitglied des MIR. Der Rezensent schätzt seine Bücher, man muss aber seine Analysen von seinen ideologischen Träumen unterscheiden können.

Offensichtlich glaubt Salazar noch immer, dass unter Allende eine sozialistische Revolution möglich gewesen wäre. *„Wenn Allende in Chile mit seinem Modell der sozialistischen Revolution triumphiert hätte, hätte sich das Experiment von Allende in Lateinamerika ausgebreitet ...“* (S. 42) In diesen wenigen Worten stecken gleich zwei Irrtümer.

Erstens, auch ohne Militärputsch hätte es keine sozialistische Revolution gegeben. Allende wäre dann drei Jahre später von einem Einheitskandidaten der Opposition abgelöst worden.

Zweitens, das Experiment Allende hat sich in Lateinamerika verbreitet. Lässt man den Sonderfall Venezuela

beiseite, ist das bekannteste Beispiel Bolivien. Dort beschränkt man sich aber auf Allendes politische Agenda. Revolutionäre Träume, wie sie der MIR kultivierte, fehlen dort.

Salazar kann sich wahrscheinlich aus psychologischen Gründen nicht von seinen alten Gewissheiten lösen. Sind doch wegen dieser Überzeugung hunderte von Genossen gestorben, darunter sicher auch enge Freunde. Kann sich jemand eingestehen, dass die eigene, falsche, Linie der Grund für den Tod dieser geliebten Menschen ist? Ich denke, nicht. In diesem Fall ist es den Betroffenen nicht möglich, die alten Ansichten zu revidieren. Durch diesen mentalen Mechanismus klebt an der chilenischen Gesellschaft ein Fluch der bösen Tat. Das eigene Verhalten in der Vergangenheit kann nicht wirklich kritisch hinterfragt werden. Als Folge kommt es zur Wiederholung der begangenen Fehler.

Eigentlich wäre es gerade die Aufgabe von Historikern wie Salazar, den Nachgeborenen die damaligen Vorgänge zu erklären. Dazu gehört auch folgender Punkt: Warum hat sich in der revolutionären Linken niemand die Frage gestellt, warum die Christdemokraten Allende zum Präsidenten gewählt haben. Wegen der Abwesenheit dieser Fragestellung blieb die gesellschaftliche Realität außerhalb des Sichtfeldes dieser Strömung, mit den bekannten dramatischen Konsequenzen.

Das Abkommen zwischen der Regierung und der Opposition

Dieses Defizit wiederholt sich heute. Jetzt nicht von radikalen Linken, sondern von radikalen Linkliberalen. *„Um die nachbarschaftlichen Versammlungen, die sich während der Revolte in ganz Chile gegründet haben, geht es in diesem Kapitel. Sie sind der Ausgangspunkt des verfassungsgebenden Prozesses, den die Chilen*innen fernab der staatlichen Institutionen in ihren Stadtvierteln begonnen haben.“* (S. 119)

Glaubt die Autorin wirklich, was sie da schreibt? Dass eine Gruppe von Menschen auf einem öffentlichen Platz einen verfassungsgebenden Prozess anstoßen kann? Ohne jeden Marsch durch die staatlichen Institutionen? Und nach Fertigstellung des neuen Grundgesetzes halten

sich alle gesellschaftlichen Akteure daran, auch Unternehmer, Polizei und Armee?

Das ist eine Illusion. Ihre Aufgabe als Berichterstatterin wäre es, diese Vorstellungen als Träume einiger Akteure einzuordnen. Schließlich hat der tatsächlich stattfindende verfassungsgebende Prozess mit dem Abkommen zwischen Regierung und Opposition begonnen. Nach allem, was man inzwischen aus Chile hört, spielte für dieses Zugeständnis der Regierung auch ein eintägiger Solidaritätsstreik der Gewerkschaften eine wichtige Rolle.

Für das Segment der Opposition, aus dem sie berichtet, geschieht damit etwas Unerwartetes. Doch lassen wir sie etwas ausführlicher zu Wort kommen. *„Auch Gabriel Boric, ein Abgeordneter der Frente Amplio, nimmt an den Verhandlungen teil, was viele ihm nicht verzeihen werden und was zu einer Krise des linken Bündnisses führt, das einst Hoffnungsträger war. Mit einer kriminellen Regierung, die Menschenrechte verletzt, sollte nicht verhandelt werden, meinen Gegner des Abkommens.“* Und etwas weiter im Text:

„Das Abkommen sorgt zunächst für Verwirrung. Auf den Straßen wird seit Wochen eine Asamblea Constituyente, eine verfassungsgebende Versammlung gefordert und auch schon in den Versammlungen in den Stadtvierteln vorbereitet. Diese steht aber nicht zur Wahl. Manche sagen, die Convención Constituyente sei dasselbe wie eine Asamblea Constituyente. Andere sprechen von einem Betrug durch die Politikerinnen, die den Prozess, der bereits in den Asambleas in den Stadtvierteln begonnen hat, institutionalisieren wollen. In vielen Versammlungen wird darüber gestritten, ob beim Referendum abgestimmt oder ob es besser boykottiert werden sollte.“ (S. 123)

Hier finden wir ähnliche Illusionen wie damals bei den Linksradi-kalen. Als Folge sieht man nicht, was gerade erreicht werden könnte und lässt den historischen Moment ungenutzt. Die Verbindung der damaligen Vorgänge mit heute stellt die Autorin, natürlich positiv gesehen, selber her. Sie fasst dafür eine aktuelle Broschüre von Salazar zusammen.

„Diese Art der Organisation wird auch Poder Popular genannt, die Macht des Volks. Während der Regierung der Unidad Popular in den 1970er Jahren riefen die Menschen auf den Straßen

„Crear Poder Popular“. Auch damals gab es Nachbarschaftsversammlungen und sogenannte *cordones industriales* oder *comandos comunales*, in denen sich die Arbeiterinnen und Bewohnerinnen der Stadtviertel organisierten. Sie waren es, die während der Militärdiktatur solidarische Suppenküchen und Proteste organisierten, um Widerstand gegen die Diktatur zu leisten.“ (S. 124/125)

Sie zitiert auch Salazar direkt: „Die Entwicklung der politischen Autonomie und des Poder Popular der neuen ‚sozialen Bewegungen‘ wurde nicht von der Diktatur unterdrückt, sondern im Gegenteil verstärkt und vervielfältigt.“ (S. 125)

Man glaubt nicht, was man da liest! Eine direkte Linie von den Cordones Industriales zu den Suppenküchen in der Endphase der Diktatur. So als ob dazwischen nichts gewesen wäre, keine Toten, keine Verschwundenen und Tausende, die ins Exil gezwungen wurden. Und die Diktatur hat die *Volksmacht (Poder Popular)* nicht unterdrückt, sondern gefördert! Das zeigt den Sieg des neoliberalen, individualistischen Denkens nicht nur im Kopf von Gabriel Salazar.

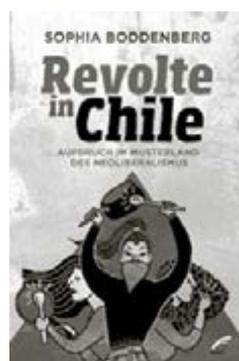
Leider sind diese Einstellungen keine Minorität. Das, was Salazar als Entwicklung der politischen Autonomie feiert, führt dazu, dass gegenwärtig fast jedes soziale Segment Chiles an seiner Kandidatur, manchmal auch mehreren, für die Verfassungsgebende Versammlung arbeitet. Dadurch werden viele Stimmen verloren gehen. Das nützt dem geschlossen auftretenden Block der Anhänger der Diktatur und ihres ökonomischen Modells. Daher besteht die große Gefahr, dass der mit der sozialen Explosion hoffnungsvoll gestartete Zyklus des politischen Kampfes in einem Fiasco enden wird. Hoffentlich bedeutet die dann folgende Entmutigung keinen Rückschritt zu Verhältnissen, wie man sie aus den Zeiten vor der großen Studentenbewegung kennt.

Den Grund für die Mängel des Buches findet man am Schluss. „Bei der chilenischen Revolte geht es um viel mehr als um den Rücktritt der Regierung oder um soziale Reformen. Es geht darum, eine Gesellschaft aufzubauen, die nicht durch Individualismus, Konkurrenzdenken und Konsum geprägt ist, sondern durch Gemeinschaft, Solidarität und Respekt.“ (S. 129) Das mögen viele Aktivisten so sehen, ist aber trotzdem falsch. In Chi-

le geht es im Moment bestenfalls um einen Zwitter zwischen Neoliberalismus und Sozialstaat. Etwas ähnliches, wie wir es in Deutschland haben. Die Illusionen der Aktivisten sind wahrscheinlich zu ihrer Selbstmotivation notwendig. Doch eine ausländische Berichterstatterin sollte die Realität erkennen und ihren Lesern auch vermitteln. Es ist schade, dass sie es nicht tut, da sich in dem Buch durchaus auch interessante Beschreibungen der neoliberalen Normalität finden.

Dass der von Boddenberg gefeierte Politikansatz zum Scheitern verurteilt ist, ahnt sie selber. Die Autorin hält eine internationale Unterstützung der Revolte für notwendig. Doch fehlt der Adressat, an den diese Forderung gerichtet sein könnte. Die westlichen Regierungen, die ihre Länder weiterhin Schritt für Schritt nach dem Vorbild Chile umbauen? Eher nicht! Die Bevölkerungen dieser Länder, die ihre Regierungen dabei nicht wirklich hindern? Wohl auch nicht. Letzteres wird erst geschehen, wenn hier die gleichen unerträglichen Zustände herrschen wie dort. Daher bleibt den in Chile gegen den Neoliberalismus arbeitenden Akteuren nichts anderes übrig, als zu Vernunft und zur Einheit zu finden.

Emil Berger



Sophia Boddenberg
„Revolte in Chile.“
UNRAST Verlag, Münster, 2020
142 Seiten, 14,00 €
ISBN 978-3-89771-081-8

1. <http://sophiaboddenberg.com/>

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Die Revision des „Ernstfalls Krieg“

Zu Sönke Neitzels Krieger-Allotria

Rezension

In Deutschland heute von Krieg und Kriegertum zu sprechen, ist nicht ganz einfach. Propagandamäßig geht es schon gar nicht und politisch sind solchen Reden enge Grenzen auferlegt, zu Recht! Erstmals tat es im Klartext der wegen dreister Schummeleien bei seiner Doktorarbeit gestrauchelte CSU-Verteidigungsminister Freiherr zu Guttenberg, der 2011 von den deutschen Truppen in Afghanistan als im Antiterror-Krieg befindlich sprach und prompt dafür parteiübergreifend gescholten wurde. Man hat gleichwohl aus Deutschland in der Geschichte des 20. Jahrhunderts zwei große Kriege angezettelt und sie verloren mit verheerenden, jahrzehntelangen Folgen. Man hat dabei fremde Länder besetzt und verwüstet, Völker zu Arbeitsklaven unterjocht, ausgebeutet und Menschen industriell vernichtet. Gehorsame deutsche Soldaten, „deutsche Krieger“, haben dieses Werk ermöglicht und mit angerichtet.

In seinem neuen Buch mit schrillum Obertitel „*Deutsche Krieger*“ Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, versucht sich der versierte Professor für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam, Sönke Neitzel (Jg. 1968), an einer vergleichenden Militärgeschichte und spannt den Bogen vom Deutschen Kaiserreich ab 1871, nachdem man bis dahin deutsche Kriege noch gewonnen hatte (und damit das neue Reich in Blut und Eisen „schmiedete“), durchs 20. Jahrhundert hindurch und schließlich bis zur Bundeswehr heute. Ohne Zweifel ein im Kontext von absolutem Kaisertum, Demokratie, faschistischer Diktatur und erneuter Demokratie irritierender Spagat. Ein Kapitel widmet sich auch den Kriegern der größten staatlichen deutschen „Friedensbewegung“ in Gestalt der Nationalen Volksarmee der DDR. Was für ein Orwellscher Konstrukt: Krieg ist Frieden.

Das ist an sich schon nicht unproblematisch, weil der Kriegervergleich durch die Epochen zwangsläufig heftig hinkt und differiert. Auch wenn

der DDR-Sängerbarde Biermann in seinem Soldat, Soldat-Song feststellte, Soldaten sehn sich alle gleich, lebendig und als Leich'. Das deutsche Angriffs-Heer vor 1914 war des Kaisers ganzer Stolz und ein schierer Hort des Militarismus und Nationalismus. Die zur 100.000 Mann-Reichswehr in der Weimarer Republik zwangsgestutzte deutsche Militärmaschine war es in revanchistischem Sinn nicht minder. In ihr bildeten sich rechtsextrem-nationalistische Fortsätze aus, die als „schwarze Reichswehr“ mitbeteiligt das Geschäft der Niederschlagung der deutschen Revolution 1918/19 besorgte, linke Räterepubliken niederschlug und unliebsame, republikanisch, pazifistisch oder kommunistisch gesinnte Männer und Frauen liquidierte. Auf solche „Krieger“, man muss sie vielmehr feige, ehrlose Meuchelmörder nennen, war für die extrem nationale Rechte Verlass. Erinnert sei nur an die Ermordung der Kommunistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1919, das Schicksal des Kapitänleutnants a. D., Hans Paasche, des libertären Sozialisten und Räte-ministers Gustav Landauer oder des 1922 ermordeten nationalliberalen Politikers und Reichsaußenministers Walther Rathenau. Paasche (Schriften u. a.: „Das verlorene Afrika“; „Meine Mitschuld am Weltkrieg“) war ein zum Pazifisten gewandelter Ostafrika-Kolonialoffizier, den die Kaiserarmee 1916 unehrenhaft entließ und der sich von Matrosen und Arbeitern gewählt 1918/19 im Berliner Arbeiter- und Soldatenrat betätigte. Er war schon im Begriff, die wahren Verantwortlichen in höchsten Militärrängen für den begonnenen Krieg festzunehmen, zwei Lastwagen mit bewaffnetem Kommando standen schon bereit, das Vorhaben umzusetzen, als ihn die neue Ebert-Regierung davon abhielt. Rechte Freikorps spürten Paasche dann 1920 auf seinem Gut Waldfrieden in der Neumark östlich der Oder auf und haben ihn, wie es hieß, „auf der Flucht“ erschossen.

Paasche kam da gerade vom Baden in einem See mit seinen Kindern. Angeblich soll der Friedensfreund, Reform-Vegetarier und Tierschützer Paasche zuhause Waffen versteckt haben. Kurt Tucholsky widmete dem heimtückisch Ermordeten ein lyrisches Gedenken und der Bremer Historiker und Verleger Helmut Donat entdeckte Paasche für die Nachwelt neu. Es entstanden ab 1980 im eigenen Verlag Bücher von und über ihn, insbesondere gesammelte Originalschriften („Ändert euren Sinn!“), eine Biografie und die satirische Persiflage aus afrikanischer Sicht auf die (Un-)Kultur der „Wasungu“ [d. s. die Weißen], „Lukanga Mukara“.

Doch es kam noch weitaus schlimmer. Das einzig auf Krieg, Eroberung und Vernichtung zusteuernde „Dritte Reich“ der Nazis bediente sich des deutschen Kriegers von Jugend an „hart wie Kruppstahl“ in mehrfacher Millionenzahl, um seine Eroberungsziele von Rache, Raum und Rohstoff umzusetzen. Hinter den Frontlinien beteiligten sich reguläre Einheiten der deutschen Wehrmacht im Verbund mit SS-Einsatzgruppen an Massenerschießungen von Polen, Juden, Balten, Russen –, im Zweifel waren alle „Partisanen“, auch Kinder, Mütter und Alte. Auch die Flugblätter der Widerstandsgruppe der Weißen Rose berichteten über den Massenmord an der Ostfront, deren einzelne ihrer männlichen Mitglieder im Sanitätshilfeinsatz Augenzeugen wurden. Die heftig umstrittene, kritische Wehrmachtsausstellung des Hamburger Reemstma-Instituts ab Mitte der 1990er Jahre – und nicht Neitzels diesbezügliche Nachforschungen, wie es in seiner offiziellen Personenlegende heißt –, machte erstmals Schluss mit dem Mythos der „sauberen“ Wehrmacht-Krieger und nur die SS-Schergen seien die Verderber gewesen. Das weiß natürlich auch der beflissene Historiker Neitzel und widmet ihnen kurze Abschnitte in seiner opulenten Militärgeschichte von gut 800 Seiten, davon allein ein

sachdienlicher Anhang von rund 200 Seiten. Da werden sogar Dienstgrade von Wehrmacht und Bundeswehr aufgelistet und die Bundestagsabgeordneten genannt, die Wehrdienst geleistet haben. Jene Parlamentarier, die den Kriegsdienst verweigerten und Zivildienst leisteten, darunter immerhin ein SPD-Wehrbeauftragter, bleiben dagegen ungenannt. So wie es Neitzel auch unterlässt, dem Thema Kriegsdienstverweigerung ein gebührendes Kapitel zu widmen. Seit Bundeswehr-Bestehen 1956 dürfte die Zahl der Verweigerer bis zur Aussetzung der Wehrpflicht 2011 ca. 2,5 Millionen betragen, davon laut Statistik über 500.000 bis zum Jahr 1991 und 1,2 Millionen zwischen 2002 und 2012. Der eine Zahlenblock markiert die Dauer des Kalten Kriegs und entspricht in etwa der Bundeswehrstärke in jenen Jahren, der andere die Zeit seit Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan. Hier dürfte Neitzel auch die Beweggründe finden für einen verbreiteten Wehrunwillen in der deutschen Nachkriegsjugend sowie eine Antikriegshaltung in der Bevölkerung, die er beklagt.

Das Kardinalproblem des Buches ist seine Einreihung und Einordnung unter dem Krieger-Aspekt in eine vergleichende Betrachtung von Kaiserarmee, Reichswehr und Wehrmacht mit der Gegenwart der Bundeswehr, mit dem „Bürger-Krieger“ in Uniform. Dieser sollte nach den Erfahrungen der Vergangenheit durch „Innere Führung“ zum Demokraten im Kampfanzug angehalten und erzogen werden. Nachdem es grobe Auswüchse von Befehlsmissbrauch und wüsten Soldatenschikanen gegeben hatte, man denke etwa an den Skandal der Drill-Misshandlungen von Nagold in den frühen sechziger Jahren oder die durch fahrlässige Befehle verursachten Ertrunkenen einer Kompanie im Fluss Iller in Oberschwaben bei einem Manöver. Das Konzept von General Wolf Graf von Baudissin, Miturheber der Himmeroder Denkschrift 1950 zur Abklärung einer deutschen Wiederbewaffnung, Graf Kielmannsegg, Ulrich de Maizièrre und anderen mit Wehrmachts-Vergangenheit und teils Verbindungen zum militärischen Widerstand des 20. Juli, konnte sich in der lange demokratieresistenten Bundeswehr nicht durchsetzen und galt bald als

gescheitert. Das bemerkt auch Neitzel durchaus kritisch. Zur grundsätzlichen Infragestellung des Soldatischen reicht es allerdings bei Neitzel nicht. Soldaten seien als gezielt auf Tötung trainierte Krieger „potenzielle Mörder“, mahnte einst entschieden die Friedensbewegung. Man lernt in der Ausbildung der Bundeswehr nicht nur zu schießen und zu treffen, sondern auch den Griff, wie man mit einem Kopfruck einem Feind im Nahkampf das Genick bricht oder in welche Körperbereiche man ein Sturmmesser bevorzugt stoßen muss, um mit dem Exitus des Gegenübers sicheren Erfolg zu haben. Denn moderne Sturmgewehre kommen ohne Bajonett an der Spitze aus.

Natürlich widmet sich der Autor Neitzel, Mitglied und Beirat in einer Reihe Militärschichtlicher Gesellschaften, Kommissionen und Arbeitskreise, auch den sonstigen Skandalen in der Bundeswehr, z. B. der Starfighter-Affäre. Über 200 Maschinen des technisch anspruchsvollen, aber mit Mängeln behafteten, Kampfflugschiffes stürzten aus technischen Gründen ab, dabei kamen über 100 Piloten ums Leben. Das Pannenspannflugzeug erhielt bald den Beinamen „Witwenmacher“. Für den Auftrag über mehr als 900 Exemplare des Atombombers für die deutsche Luftwaffe sollen von der US-Flugzeugfirma Lockheed Schmiegelder in beträchtlicher Millionenhöhe an höchste deutsche Verteidigungspolitikern geflossen sein. Nie wurden die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen. Zu erwähnen ist auch der Spiegel-Skandal. Spiegel-Redakteure hatten den im Grunde allgemein bekannten Umstand, die deutsche Nato-Armee sei aufgrund gravierender Struktur- und Materialmängel (ähnlich übrigens wie heute) nur „bedingt einsatzbereit“ problematisiert, übten dabei nicht einmal generelle Militärkritik. Dies nahm die Adenauer-Regierung zum Anlass für eine scharfe Attacke gegen das missliebige Augstein-Magazin mit Landesverratsvorwürfen, Verhaftungen und teils monatelanger Untersuchungshaft der Hauptbeschuldigten, darunter der Verleger selbst. Die (kalten) Krieger saßen in diesem Fall in den Parlamentarier-Rängen, Ministerien und staatsanwaltlichen Ermittlerreihen, darunter der später von einem Kommando der

terroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) ermordete Siegfried Buback.

Was Neitzel hingegen außer in Randnotizen so gut wie völlig ausblendet und offensichtlich nicht der Militärgeschichtsforschung Wert findet, sind die geschätzt mehr als 30.000 Verfahren gegen sog. Wehrkraftzersetzer und Deserteure und ergangenen über 20.000 Todesurteile gegen sie durch die NS-Militärjustiz. Selbst nach der offiziellen Kapitulation verhängten linientreue NS-Marinerichter noch Erschießungsurteile gegen Matrosen, die kurz vor Kriegsende auf Kriegsschiffen gemeutert hatten. Der Schriftsteller Siegfried Lenz schildert in seiner Erzählung „Ein Kriegsende“ entsprechende Vorfälle, deren Zeuge er als einfacher Marineangehöriger wurde. Ab etwa 1980 nahmen die wenigen Hundert überlebenden deutschen Deserteure des Zweiten Weltkriegs einen zähen politischen Kampf um Rehabilitierung, Entschädigung und Wiederherstellung ihrer Ehre auf, der mehr als zwanzig Jahre bis zu einem parlamentarischen Durchbruch und Erfolg im Deutschen Bundestag dauern sollte. Da waren nicht mehr viele von ihnen am Leben. Der Bremer Deserteur Ludwig Baumann (+2018) hatte sich dabei als Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz besondere Verdienste erworben und ließ bis zuletzt in seinen hartnäckigen Bestrebungen nicht nach. Krieger schauten auf Deserteure nur mit Unverständnis und Verachtung als „Vaterlandsverräter“ und „Kameradenschweine“ herab, die ihnen angeblich in den Rücken fielen. Erst allmählich ergab sich über Jahre ein Meinungsumschwung in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Bewertung von Desertion als riskantem persönlichem Protest gegen ein mörderisches Unrechtsregime und individuellen Ausstieg aus der Vernichtungsmaschinerie. Als es 2008 im Bundestag in der Frage von „Kriegsverrat“ noch um die pauschale Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen wegen Desertion und Fahnenflucht ohne Einzelfallprüfung ging, sprach sich Neitzel als einer der Gutachter und Fachberater der Unions- und FDP-Fraktion dagegen aus. Mit der Begründung, es könnte dabei vielleicht noch unbekannte Urteile geben, die kein Unrecht gewesen wären. Ein Jahr später votierte die schwarz-rote

Regierungskoalition dennoch für die generelle Aufhebung.

Deutsche Krieger – ein Thema von gewiss epischer Breite, siehe etwa Hermann Löns' erst spät wiederentdecktes Kriegstagebuch von 1914, Ernst von Salomon: „Der Fragebogen“ oder Joseph Roth: „Das Spinnennetz“. Der Frontmilitär und Schriftsteller Ernst Jünger suchte als blutjunger Leutnant im Ersten Weltkrieg Krieger-Bewährung als draufgängerischer Stoßtrupp-Führer und hielt seine Landser-Fronterlebnisse in einem von Soldaten meist und noch heute gern gelesenen Kampf-Roman „In Stahlgewittern“ fest. Dagegen kam antimilitärisch inspirierte Literatur jener Zeit wie „Im Westen nichts Neues“ (E. M. Remarque) oder Edlef Köppens „Heeresbericht“ nicht wirklich an. Im Nazikrieg gönnte Jünger sich nach Teilnahme am Blitzkrieg gegen Frankreich mit Ausnahme eines Abstechers in den Kaukasus die ästhetischen Freuden des Besatzungsoffiziers in der Etappe. Er schrieb eifrig an seinen Pariser Tagebüchern und streckte seine frankophilen Fühler ins französische Kulturleben aus, ver-

kehrte „fraternisierend“ mit Picasso und meist konservativen Größen der Literaturwelt wie Henry de Montherlant und André Gide. Hitler, der Jünger lange protegierte, und Goebbels & Co. wurde er dadurch zunehmend suspekt. Im Inneren blieb Jünger aber trotz seiner Läuterungs-Schrift „Der Friede. Wort an die Jugend Europas – Wort an die Jugend der Welt“ 1945 mit ihrem kryptisch-utopischen Entwurf einer neuen Friedensordnung der Eliten auch weiter ein Krieger, subtiler Jäger (jetzt nur noch auf Käfer) und Sonderling. Unfähig zu demokratischem Geist und Empfinden. Dabei nichtsdestotrotz an runden Geburtstagen hofiert in seinem süddeutschen „Dorf-Exil“ auf der Schwäbischen Alb von Politikergrößen wie Helmut Kohl und Francois Mitterand.

Das Titelbild des Neitzel-Buches suggeriert Kontinuität. In einer Reihe sind schemenhaft Soldatenkopf-Umrisse mit den typischen Bedeckungen Pickelhaube, Republik- und Nazi-Stahlhelm und Bundeswehr-Helm abgebildet. Soll dies nun im Bruch mit solcher Vergangenheit dezent Läu-terung und Revision in der

Nachfolge andeuten oder vielmehr das ewig Soldatische im Fortgang unterstreichen? Das wesenhaft Kriegerische ist für Neitzel zu kämpfen, zu töten und zu sterben. Da kennt er als gedienter Zivilist kein Pardon. Das sei – so Neitzel – in allen untersuchten Epochen gleich, besonders was die Protagonisten betrifft. Auch geltend für die Bundeswehr? Dort hieß es am wiedervereinten Beginn der erweiterten Auslandseinsätze, sie geschähen als Interventionen zu „humanitären Zwecken“. Oder auch bemüht sinngebend, um unsere Freiheit am Hindukusch zu verteidigen. Das Wort des SPD-Krieger-Ministers Peter Struck fiel jenseits der Grundgesetz-Definition des klaren Defensivauftrags der „Verfassungsarmee“ Bundeswehr schon deutlicher, wenn auch für einen Sozialdemokraten umso befremdlich aus.

Wirksam abschrecken, um nicht kämpfen zu müssen, war immer die vorgeschobene Schein-Devisen. Gleichzeitig war man hochgerüstet kriegsvorbereitet. Wenn du den Krieg verhindern willst, bereite den Krieg vor. So die groteske Formel. Die nu-

Anzeige



ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

Schwerpunkt 1/2021:
Politische Prozesse
und Aussageverweigerung

**Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

klar gestützten Kriegs-Strategien hießen erst massive Vergeltung, dann flexible Reaktion. Sogar drohen mit taktischen Atomwaffen schloss dies ein und tut es noch. Noch immer ist die Luftwaffe „atomarer Teilhaber“ ohne eigene Nuklearwaffen, aber mit der Option des Zugriffs auf modernste amerikanische Atomsprenköpfe. Dabei führt ein atomarer Einsatz jedes Kriegertum ad absurdum. Man versucht radioaktiv die Schlachtfelder, zerstört, was man vorgibt schützen zu wollen, indem dies der Gegner im Vergeltungsschlag übernimmt. Die heutigen Manöver der Nato-Ost-Krieger sind gegenüber dem reanimierten „Feind Russland“ gemäß der Nato-Doktrin wieder nach vorne orientiert (Stichwort: „Vornepräsenz“) ausgerichtet. Zu Kalten Kriegs Zeiten hieß das kaum anders Vorneverteidigung. Neitzel problematisiert dies nicht ernsthaft. Der nicht minder renommierte Militärhistoriker von der kritischen Gegenfraktion, Wolfram Wette, bezeichnet Neitzel in seiner Besprechung des Buches für die „Badische Zeitung“ (26.1.) als „Bellizisten“. Das Kunstunwort, das einer genauen politischen Zuordnung entbehrt, meint salopp den getarnten Krieger im pazifistischen Schafspelz. Neitzels Diktionen und Sichtweisen reihen sich problemlos ein unter vergleichbare Buch-Ergüsse wie „Wofür Deutschland Krieg führen darf. Und muss: Eine Streitschrift“ des stellvertretenden ZEIT-Chefredakteurs, ehemaligen Friedens- und Graswurzelbewegten und jetzt Kriegs- und Kriegerapologeten, Bernd Ulrich. Schreibtischtäter, die Soldaten und Soldatinnen für angeblich humanitäre Ziele und um mehr militärisch-politische „Verantwortung“ in der Welt zu exekutieren, in neue Kriegsabenteuer schicken wollen.

Jeder moderne Krieg ist, so der Friedensdenker und Philosoph, Nikolaus Koch, ein „Fünfkrieg“, ein totaler, d. h. militärischer, politischer, wirtschaftlicher, psychologischer und ideologischer Krieg und hat vormilitärische, zivile Ursachen. Die einzig wahre Art, heute noch „Krieg zu führen“, sei demnach die zivile, so Koch, als Kampf gegen Armut, Elend, Ausbeutung, Ungerechtigkeit, Feindbilder oder ideologische Kriegsvorbereitung. Als militärischer Krieg-und-Frieden-Forscher

dürften Neitzel solche Töne fremd sein. Er plädiert als ein Fazit dafür, den Krieg wieder mehr vom Krieg her zu sehen, als vom Frieden. Lange habe solches die friedensgewöhnte Haltung der Deutschen in einem strukturellen Sinn verhindert. Dass damit vielleicht historische Lernprozesse einer ganzen Generation verbunden sein könnten, käme Neitzel nicht in den Sinn, kritisiert sein Zunft-Kollege Wolfram Wette. Das sind echte Zurückschraubungen auf einen unwissenschaftlichen, ideologischen Standpunkt des Kalten Kriegs, der dem notfalls militärischen Austrag von Konflikten den Vorzug gibt. Da ist die kritische Friedensforschung aktuell und eine lebhaft Diskussionspunkt des Kalten Kriegs, der dem notfalls militärischen Austrag von Konflikten den Vorzug gibt. Da ist die kritische Friedensforschung aktuell und eine lebhaft Diskussionspunkt des Kalten Kriegs, der dem notfalls militärischen Austrag von Konflikten den Vorzug gibt. Da ist die kritische Friedensforschung aktuell und eine lebhaft Diskussionspunkt des Kalten Kriegs, der dem notfalls militärischen Austrag von Konflikten den Vorzug gibt.

Elmar Klink, Bremen, 7. Februar 2021.



Sönke Neitzel:
*Deutsche Krieger
Vom Kaiserreich
zur Berliner
Republik – eine
Militärsgeschichte*
Propyläen-Verlag,
Berlin 2020; 816 S.,
35,00 €

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Immer noch Kommunist?

Erinnerungen von Paul Elflein



Herausgegeben von Rolf Becker und Claus Bremer

Hamburg 1978. 138 Seiten,
Fadenheftung, fester Einband
5,00 €.

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I**
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung, 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer
Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur, 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org